

Nr. 2/2014

Mai – Juli 2014

CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Schwerpunkt: Cuban Five

Hearing in London • Rolf Becker: Justiz als Hebel der Politik • Kuba und Südafrika: Interview mit Denis Goldberg • Kubas CELAC-Präsidentschaft 2013
Außerdem: Jorgitos Log • Kuba im Medienspiegel • Aus der FG

editorial



»Fernando esta« – in die große Freude über seine Rückkehr nach Kuba mischt sich die Bitterkeit, dass die weltweite Solidaritätsbewegung keinen Tag seiner Haft und der von Rene verkürzten konnte und noch immer drei der Cuban Five in US-Gefängnissen sitzen.



Aber wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen: Das Hearing in London und der Aktionstag in Berlin können da nur der Auftakt weiterer, verstärkter Aktivitäten sein. Obama muss Ramon, Gerardo und Antonio endlich freigeben.

Es ist vielleicht auch Obamas letzte Chance, nach seiner Amtszeit durch eine Begnadigung der kubanischen Aufklärer mit etwas Positivem in die Geschichte einzugehen und sich den

ihm verliehenen Friedensnobelpreis zu verdienen.

»Cuba no esta solo« – Kuba ist Teil und eingebunden in die Länder Lateinamerikas und der Karibik. Es ist solidarisch mit diesen Ländern – vielfach sind z.B. die kubanischen Ärzte die Grundpfeiler der Gesundheitsversorgung dort – und ist anerkannter Motor im Integrationsprozess, wie sein Vorsitz der CELAC gezeigt. Unter seinem Vorsitz wurde der Aktionsplan zum Abbau von Armut, Hunger und Ungleichheit eingeleitet.

Auch in Südafrika ist heute noch die Erinnerung an den großartigen Beitrag Kubas zur Bekämpfung der Apartheid lebendig, wie Denis Goldberg im Interview eindrucksvoll schildert.

All das macht Kuba nicht nur zum Hoffnungsträger vieler fortschrittlicher Menschen, sondern eben gerade deswegen auch zur Zielscheibe der USA.

Das ist die Blaupause für die Unerbittlichkeit, mit der die USA die Cuban Five, die fünf kubanischen Antiterroristen, einkerkerten.

Marion Leonhardt

impresum

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: info@fgbrdkuba.de

Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN:

DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, R. Fausten,

U. Fausten, P. Knappe, M. Leonhardt,

M. Schweinesbein

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Titel: Trafalgar Square, London,

9. März 2014, nach einem Foto von

Manuel Parrondo

Foto Seite 3: Gabriele Senft

Printed in the EU.

Gestaltung/Satz: Wiljo Heinen,

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

www.wiljo.de

Postvertrieb: Verlag Wiljo Heinen,

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel ge-

ben nicht unbedingt die Meinung der Re-

daktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

cuban five
 4 Nach London verstärkter Druck auf Washington
 7 Cuban Five – Justiz als Hebel der Politik
 8 Solidarität weltweit – Cuba no esta solo
 20 Fotoreportage: Aktionstag in Berlin

kuba
 9 Die CELAC-Präsidentschaft Kubas im Jahre 2013
 12 Kubas Arbeiter hielten ihren 20. Kongress ab
 13 Arbeitsgesetz in der Diskussion
 14 Jorgitos Log
 14 MLB: Major League Blockade
 17 Kurzmeldungen
 38 Kuba im Medienspiegel

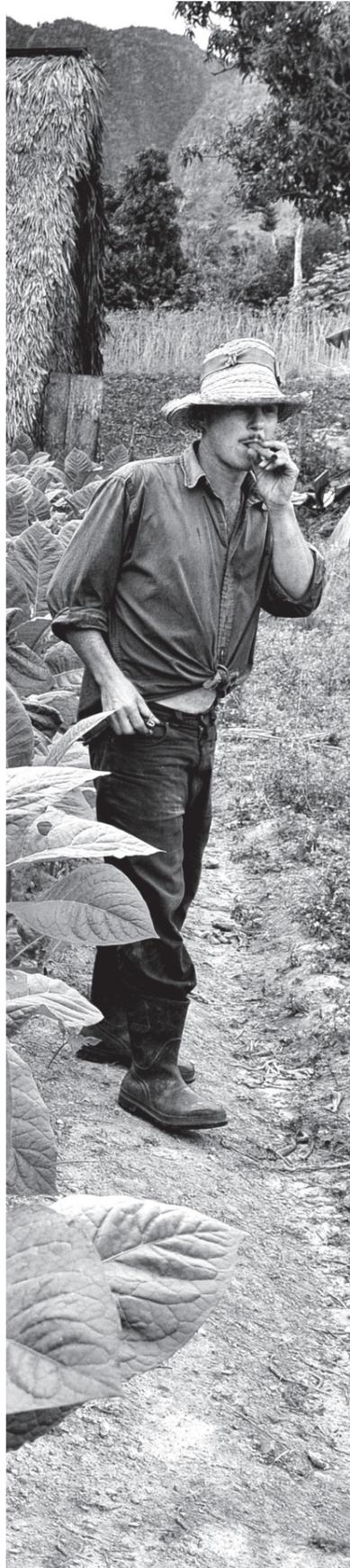
internationales
 23 Europawahl und Normalisierung
 25 »Weil Kubaner internationalistische Sozialisten sind«
 Interview mit Denis Goldberg
 28 Die Völker Lateinamerikas klagen an!

kultur
 30 Künstler erinnern an Santiago Feliú

solí
 31 Solidarität – Die Zärtlichkeit der Völker
 20 Jahre »Netzwerk Cuba« – Teil 2 des Interviews
 34 Gesundheitsversorgung in Kuba
 Besuch eines Soliprojektes
 34 ¡Vamos al Campamento!
 FG-Solí-Brigade

aus der fg
 35 Kuba im Café Sibylle
 36 Eine Reise durch die BRD
 37 Fiesta Moncada: Revolution feiern
 37 Kuba auf dem Pressefest 2014

service
 2 impresum
 19 Lieferbare Materialien
 22 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen





Fotos vom Hearing (4): Manuel Parrondo

Nach London verstärkter Druck auf Washington

Internationale Kommission fordert Freilassung aller Mitglieder der Cuban 5

von Volker Hermsdorf

NICHTS SCHEINEN DIE USA und ihre Verbündeten im Fall der Cuban 5 so zu fürchten wie die Öffentlichkeit. Geradezu hysterisch versuchen sie deshalb, jede Publizität zu verhindern. So verweigerten die britischen Behörden René González, dem Hauptzeugen der Internationalen Anhörung am 7. und 8. März in London, – offenbar auf Druck der US-Behörden – die Einreise. Der Vorgang bestätigt, dass der Schlüssel zur Freiheit der drei noch in den USA inhaftierten Aufklärer in Washington liegt. Dort soll jetzt der Druck verstärkt werden.

»Sie können verhindern, dass ich den Big Ben sehe, aber nicht, dass ich hier vor dieser Kommission aussage und schon gar nicht Eure Solidarität mit meinen Kampfgefährten und ihren Familien«, begrüßte der im Mai letzten Jahres nach

Kuba zurückgekehrte Aufklärer René González die knapp 300 Teilnehmer der zweitägigen Anhörung in der renommierten »Law Society« der britischen Hauptstadt von einer riesigen Leinwand. Nachdem die dortigen Behörden ihm das Visum zur Einreise verweigert hatten, machte er seine Aussage per Live-Schaltung aus Havanna.

Zeugenaussage behindert

Die Untersuchungskommission (der ehemalige Vorsitzende des Obersten Indischen Gerichts, Yogesh Kumar Sabharwal, der französische Ex-Verfassungsrichter Philippe Texier und Zakeria Mohammed Yacoob, von 1998 bis 2013 Mitglied des südafrikanischen Verfassungsgerichts) kritisierte, dass London vor den USA eingeknickt sei und mit der Visa-Ablehnung die Vernehmung des Hauptzeugen behindert habe.

Das Hearing, das von 180 Prominenten, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und rund 6000 Einzelpersonen aus aller Welt unterstützt wurde, sollte die Gründe für die Entsendung der Aufklärer und deren Aktivitäten in den USA, die Umstände ihrer Verhaftung und die Haftbedingungen, den Verlauf ihrer Prozesse sowie die Angemessenheit der gegen sie verhängten Strafen untersuchen.

Kubas Recht, sich zu schützen

Am ersten Verhandlungstag präsentierte ein Antiterror-Spezialist des kubanischen Innenministeriums der Kommission umfangreiches Beweismaterial, das 713 terroristische Aktionen gegen sein Land belegte, bei denen seit 1959 bisher 3500 Menschen getötet und 2100 verletzt worden wa-

ren. Angehörige von Opfern schilderten ihre vergeblichen Versuche, die Täter in den USA zur Verantwortung ziehen zu lassen. Journalisten aus Miami bestätigten, dass bekennende Terroristen sich dort nicht nur ungehindert bewegen, sondern auch weitere Gewaltakte vorbereiten können. Der angesehene Hamburger Völkerrechtler, Professor Norman Paech kam daraufhin zu der Auffassung, dass Kuba sich in einer Notwehrsituation befunden habe und die Entsendung von Aufklärern mit dem Ziel, weitere Anschläge zu verhindern, geboten und nach internationalem Recht legitim gewesen sei.

Unfaire Schauprozesse

Am zweiten Verhandlungstag berichteten Anwälte und Angehörige der Kundschafter, dass die Prozesse in Miami durch Vorverurteilung in den Medien, von Washington gekaufte Journalisten, Druck auf Zeugen, Beeinflussung von Jurymitgliedern und sich über die Jahre ständig wiederholende weitere Rechtsverletzungen geprägt waren. Die Kommission habe nach Anhörung der Zeugen den Eindruck gewonnen, dass »die einzigen Vergehen, die den Angeklagten zu Recht vorgehalten werden könnten, Verstöße bei der Einreise gewesen« seien, sagte deren Vorsitzender Yogesh Kumar Sabharwal. Die Verhandlungen in Miami seien politische Schauprozesse gewesen, die einer rechtsstaatlichen Überprüfung nicht standhielten. Richter Yacoob verglich das Verhalten der US-Justiz mit dem des südafrikanischen Apartheidregimes, gegen das er selbst Widerstand geleistet hatte. Deshalb, sagte er, gebühre den Aufklärern Respekt: »Sie sind Männer von Ehre, Mut und hoher Moral.«

Sofortige Freilassung jetzt

Nach Bewertung der Beweise und Zeugenaussagen meldeten die drei Richter in einer ersten –



13 Punkte umfassenden – Einschätzung, »ernsthafte Zweifel« daran an, dass auch nur einer der Verurteilten »in den Genuss eines fairen Verfahrens« gekommen sei. Vielmehr seien ihnen sowohl ihre bürgerlichen als auch ihre politischen Rechte vorenthalten worden. Die Jury forderte die US-Behörden auf, das an den Cuban 5 und ihren Familien begangene Unrecht zu korrigieren und die drei noch inhaftierten Aufklärer unverzüglich frei und in ihre Heimat zurückkehren zu lassen. Aus Sicht der Kommission sei dies eine unverzichtbare Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba sowie für die Sicherung des Friedens in der Region. Eine umfassende Begründung will die Kommission bis Anfang Juni veröffentlichen.

Solidarität und Totschweigen

Beeindruckt waren viele der 300 Teilnehmer aus 27 Ländern von der klaren Position und Unterstützung der britischen Arbeitnehmerorganisationen. Die Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft »Unite«, der »Unison« und des 6,5 Millionen Mitglieder zählenden Dachverbandes TUC unterstrichen nicht nur ihre Solidarität mit den Cuban 5 und deren Familien, sondern auch mit dem sozialistischen Kurs Kubas.

In Deutschland fehlt es nicht nur an gewerkschaftlicher Solidarität. Die großen Medien verschwiegen – trotz prominenter Unterstützer – den Fall und die Internationale Anhörung komplett. Im Namen der »Pressefreiheit« schlugen sie sich ein weiteres Mal auf die Seite der Täter und nahmen den Opfern ihre Stimme. Literaturnobelpreisträger Günter Grass hatte bereits in einem Brief an die Kommission kritisiert, dass »... dieser skandalöse Fall politisch motivierter Justiz ... erfolgreich aus den Schlagzeilen



Frauen-Panel am 8. März: (v.l.) Irmita González, Alice Walker, Diana Holland, Mirta Rodríguez, Kenia Serrano, Foto: National Committee to Free the Cuban Five



Kundgebung am 9. März auf dem Trafalgar Square, Foto: National Committee to Free the Cuban Five



Foto: Manuel Parrondo

der Massenmedien herausgehalten werden konnte.« Weiter schrieb Grass: Der Fall »beweist mir einmal mehr, wie sehr wir alle ... auf die Einhaltung des Völkerrechts, der größten Errungenschaft nach der leidvollen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, drängen und andererseits die Doppelmoral des »Kampfes gegen den Terror« im Namen von »Demokratie und Menschenrechten« entlarven sollten.«

Aktionswoche in Washington

Doch trotz des Versuchs, den Fall weiterhin totzuschweigen, ist die Anhörung in London ein Erfolg der europäischen Kuba-Solidarität. Die für Anfang Juni angekündigte endgültige Stellungnahme der Kommission wird Grundlage der weiteren Kampagne im Rahmen einer »Aktionswoche für die Freiheit der Cuban 5« vom 4. bis 11. Juni in Washington sein. (<http://5daysfortheCuban5.com/>) Unter anderem sind Besuche bei Abgeordneten und Auftritte im Kongress geplant, zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Informationsangebote sollen durch die Präsentation des Falles in sozialen Netzwerken ergänzt werden. Eine zweitägige Konferenz will sich in Plenarsitzungen und Workshops mit juristischen und politischen Möglichkeiten zur Unterstützung der noch Inhaftierten beschäftigen und Lösungsmöglichkeiten des Falls als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba erarbeiten. Höhepunkt soll, wie in den Vorjahren, die »White House Rallye« sein. Am 7. Juni um 12 Uhr Mittags wollen hunderte Aktivisten direkt vor dem Weißen Haus für die Freilassung der Cuban 5 demonstrieren. Die Jahre 2014/2015, so lautete eine der Kernaussagen auf der Konferenz in London, sind für die Verwirklichung dieser Forderung entscheidend.

Cuban Five – Justiz als Hebel der Politik

von Rolf Becker

SIE WOLLTEN Kuba vor Terroristen schützen und wurden von Gerichten der USA als Terroristen verurteilt. Allein diese Tatsache deutet an, dass – in den USA wie hier in Europa – die Menschenrechte einschließlich der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte keineswegs allgemein gültig sind, sondern abhängig von politischen Interessen instrumentalisiert werden können.

Im Fall der Cuban Five geht es dabei nicht nur um Differenzen zwischen zwei Staaten – USA und Kuba – sondern um den Gegensatz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Justiz als Klassenjustiz, geschichtlich verbunden mit der Entwicklung des Kapitalismus: ob Personen oder Staaten – Alternativen zum Kapitalismus werden kriminalisiert. Ich beziehe mich im Folgenden auf Uwe-Jens Heuer: »Kriminalisierte Alternativen – Wie der Imperialismus mit einem verengten Menschenrechtsbegriff Interventionen gegen sozialistische Staaten legitimiert«

Kriminalisierung von Alternativen zum Kapitalismus

1878, wenige Jahre nach der Reichsgründung, wurde in Deutschland das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« verabschiedet. Als »Mörder und Mordbrenner« bezeichnete Reichskanzler Otto von Bismarck ihre Führer, befürchtend, sie könnten sich an der eben erst niedergeschlagenen Pariser Kommune orientieren und Deutschland der »Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen unterwerfen«. Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten.

1919, als sich die SPD nach der Bewilligung der Kriegskredite 1914 von einer revolutionären zu reformistischen Partei gewandelt hatte und nach der Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg Regierungspartei geworden war, rief sie zur Verfolgung ihrer ehemaligen Genossen auf: »Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Stunde der Abrechnung naht!« Spartakus wurde militärisch niedergeschlagen, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet, die Auftraggeber der Morde blieben straffrei.



Foto: Gabriele Senft

1933 bis 1945: Die Urteile aus der Zeit des Faschismus in Deutschland bedürfen hier keines Kommentars.

1956 – das Feindbild blieb das gleiche: Verbot der KPD – der Klassengegner war zum Verfassungsfeind geworden. Zahlreiche Mitglieder der Partei, die schon während der Nazizeit verfolgt und in Gefängnissen, Zuchthäusern und im KZ gewesen waren, wurden erneut vor Gericht gestellt und verurteilt.

1972: Berufsverbote. Mit der Verabschiedung des Radikalerlasses wurde es möglich, Menschen mit kommunistischen Überzeugungen aus dem Staatsdienst zu entfernen oder gar nicht erst aufzunehmen.

1989: Dem Anschluss der DDR folgte die Kriminalisierung ihrer Funktionsträger; zahlreiche Wissenschaftler, auch Kunstausübende, verloren unter Verweis auf ihre politische Vergangenheit ihre berufliche Existenz. Klaus Kinkel, damals Justizminister bezeichnete die DDR als einen »Staat, der in weiten Bereichen so schrecklich war wie das faschistische Deutschland«. Ein »Unrechtsstaat«, wie aus Sicht der USA das sozialistische Kuba.

Rechtliche Gründe werden angeführt, um Unrecht zu legitimieren. Als vor 15 Jahren der NATO-Angriff auf Jugoslawien erfolgte –

ohne UNO-Mandat, unter Missachtung von Völkerrecht und Grundgesetz – wurde eine neue Kategorie zur Begründung dieses und folgender Kriege eingeführt: »Humanitäre Intervention«. Das in der UN-Charta verankerte Völkerrecht samt den Menschenrechten wird ersetzt durch die Hegemonialinteressen der imperialistischen Staaten.

Terror legitimiert als »Kampf gegen den Terror«

Seit der kubanischen Revolution 1959 hat es mehr als 700 Terroranschläge gegeben, bei denen über 3000 Menschen getötet wurden, ohne dass US-Regierungen Maßnahmen gegen die meist von Florida aus agierenden Gruppen

ergriffen. Die es, wie die Cuban Five, versuchten, um durch Warnungen vor Anschlägen ihr Land zu schützen, wurden »rechtskräftig« verurteilt. Die Arbeitsgruppe für Willkürliche Inhaftierungen der UN-Menschenrechtskommission bewertete 2005 die Inhaftierung der Cuban Five als willkürlich, begründet mit schwerwiegenden Zweifeln an der Durchschaubarkeit des Rechtsverfahrens.

René González und Fernando González sind inzwischen frei-

gelassen, drei der fünf bleiben in Haft, Antonio Guerrero bis 2020, Ramón Labañino bis 2028, für Gerardo Hernández, zu zweimal lebenslang plus 15 Jahre verurteilt, soll die Haft bis zum Ende seines Lebens dauern – »slow death row«, wie Mumia Abu Jamal.

Es geht um die Cuban Five, um Kuba, um uns. Lasst uns die Mauern niederreißen, hinter denen unsere Gegner versuchen die Wahrheit einzubetonieren – aber auch die

Mauern, hinter denen wir uns verstecken, um uns dem geschichtlich gegebenen Auftrag zum Widerstand zu verweigern.

Nazim Hikmet:
Solange es auf der Erde
Noch ein einziges ausgebeutetes
Land,
noch einen einzigen Sklaven
gibt, solange am Himmel noch eine
Atomwolke steht,
müssen wir alles hingeben für
die Freiheit:
Gedanken, Seele und Herz.



Foto: Gabriele Senft

Solidarität weltweit – Cuba no esta solo

Von den vielen Grußworten, die uns zum Aktionstag zur Befreiung der Fünf erreichten, möchte wir hier das unseres Autors Jorgito veröffentlichen

Liebe Freundinnen und Freunde der Solidarität!

Zuallererst möchte ich Euch im Namen Kubas für Eure Solidarität mit meinem Land und der Sache, für die es steht, danken. In diesen Tagen, in denen wir die Freiheit der Politischen Gefangenen fordern, ist es notwendig, auf ein Neues zu betonen, dass der Fall von Gerardo, Antonio, Ramón, Fernando und René ein politischer ist.

Die Vorfälle während der fünfzehn Jahre, die unser Kampf nun andauert, beweisen dies. Wir wurden Zeugen eines Racheefeldzuges einer Regierung gegen fünf Männer, deren einziges Delikt darin

besteht, ihr Volk gegen die tödlichen terroristischen Angriffe verteidigt zu haben, die im Süden Floridas, also in selbigen Vereinigten Staaten, ihren Ursprung haben.

In diesen Tagen haben wir zu tiefst bewegt Fernando González wieder in Kuba in Empfang genommen. Fernando hat seine Strafe komplett absitzen müssen, weshalb es falsch wäre, an dieser Stelle von Gerechtigkeit zu sprechen, aber auf ein Neues hat sich gezeigt, wie stark der Widerstandswille der Kubaner ist.

Wir alle wissen, dass er sich in die erste Front im Kampf für die Befreiung seiner compañeros begeben wird, an die Seite seines Bruders René.

Fernando und seine Gesinnungsbrüder haben wie David mit der Schleuder den Riesen angegriffen, der sie zu zerdrücken be-

absichtigte, indem er Hass und Lügen in der us-amerikanischen Bevölkerung säte.

Wir können und werden in unserem Kampf nicht nachlassen, denn noch befinden sich drei der unsrigen in den Krallen des Imperiums. Wir möchten deshalb diese Gelegenheit nutzen, um wieder einmal die Freiheit von Gerardo, Ramón, Antonio und all den anderen zu fordern, die ungerechterweise aus politischen Motiven im Knast sitzen.

*Es lebe die Freundschaft zwischen
Deutschland und Kuba!
Eine bessere Welt, eine
sozialistische Welt ist möglich!
¡Volverán! – Sie werden
zurückkommen!*

Jorgito aus Camagüey,
14. März 2014

Die CELAC-Präsidentschaft Kubas im Jahre 2013

Die geachtete Stellung der Karibikinsel auf dem Subkontinent gefestigt

von Heinz Langer

AUF DEM II. GIPFELTREFFEN DER 33 MITGLIEDSLÄNDER Lateinamerikas und der Karibik am 28. und 29. Januar diesen Jahres hat der kubanische Präsident den Staffstab der Präsidentin von Costa Rica übergeben.

Diese Aktion, die man schon als historisch bezeichnen kann, fand – nahezu symbolisch – zum 161. Geburtstag von José Martí, eines flammenden Vorkämpfers der Einheit des Subkontinentes, statt. Die Welt der bürgerlichen Medien hat den beachtenswerten Vorgang in der gegenwärtigen Weltgeschichte kaum erwähnt. Sicherlich, weil sie gezwungen war, eine weitere schmerzliche Niederlage in ihrer vermeintlichen Einfluss-sphäre zu verbuchen.

Widerstand trotz Sonderperiode

Wir, Freunde Kubas, erinnern uns an die bängigen Gefühle in den Jahren der »Sonderperiode« nach 1990, in denen das sozialistische Kuba nahezu allein dem barbarischen und allen Regeln des Völkerrechts und der Menschenrechte hohnsprechendem Druck heroisch widerstand. Das kubanische Volk hatte die Kraft, diesem Druck auch mit unserer Solidarität zu widerstehen und es musste auch wahrnehmen, dass es leichter ist, von einer neuen Gesellschaft, vom Sozialismus zu sprechen, als diese im praktischen Leben, in nicht gerade freundlicher Umwelt, zu verteidigen und weiter zu entwickeln.

Solidarität und Integration in Lateinamerika

Wir haben aber auch die große Solidarität des bedrängten Kuba mit seinen lateinamerikanischen Nachbarn registrieren können –



Foto: Juvenal Balán, granma.cu

auch in den schweren Zeiten. Und wir haben mit Freude verfolgt, wie sich die bedeutendsten südamerikanischen Staats- und Regierungschefs mit dem von Krankheit gezeichneten klugen und weisen lateinamerikanischen Revolutionär Fidel über die Zukunft des Kontinents berieten. Die Entwicklung in der Region hatte bereits in den vorangegangenen Jahren den Trend zu einer eigenständigen, freundschaftlichen Zusammenarbeit bestätigt.

ALBA wird gegründet

Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade die Repräsentanten des sozialistischen Kubas und der Republik des Freiheitskämpfers Bolívar, Venezuela, Ende des Jahres 2004 mit der Gründung der ALBA den Startschuss für eine wahre Integration der lateinamerikanischen und karibischen Staaten gaben. Folgerichtig machte der damalige Präsident des größten Landes, Luiz Ignacio Lula, den nächsten Schritt, als er die Staatsschefs dieser Region (die sogenannte Rio-Gruppe) im Dezember 2008 nach Costa do Sauipe,

Brasilien einlud. Dort wurde Kuba nicht nur als vollwertiges Mitglied aufgenommen, sondern es wurde auch der eklatanteste Verstoß gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht, die grausame Blockadepolitik der USA gegen den karibischen Inselstaat, einstimmig und energisch verurteilt.

CELAC wird gegründet

Der Logik der historischen Entwicklung folgend, kam es am 23. Februar des Jahres 2010 in dem mexikanischen Ort Riviera Maya zur offiziellen Gründung der CELAC. Und Anfang Dezember 2011 wurden im Zusammenhang mit dem III. Gipfeltreffen Lateinamerikas und der Karibik und dem XXII. Treffen des Ständigen Politischen Konsultations- und Vermittlungsausschusses der Rio-Gruppe in Caracas der Prozess des Zusammenschlusses vollzogen. Auf dem I. Gipfeltreffen der CELAC, am 26. und 27. Januar 2013 übernahm Kuba die Präsidentschaft bis Januar 2014.

Das II. Treffen der Staats- und Regierungschefs der lateinamerikanischen und karibischen Staa-

ten begann mit seiner Arbeit am 25. und 26. Januar mit der Abstimmung der Dokumente und wurde am 27. mit der Konferenz der Außenminister fortgesetzt.

Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit

Die Staats- und Regierungschefs brachten in den Debatten ihren Willen zur Festigung der Einheit der Region übereinstimmend zum Ausdruck. Vielleicht gab es gerade deshalb die größte Übereinstimmung in den Themenkomplexen des Kampfes gegen den Hunger, gegen die Armut und der sozialen Ungleichheit. Von den geschätzten etwa 600 Millionen Einwohnern der Region leben 167 Millionen in Armut oder extremer Armut. Obwohl die Mitgliedsländer der CELAC die drittgrößte Wirtschaft haben – verglichen mit anderen Regionen der Welt – existieren nach Berechnungen der UN-Wirtschaftskommission in Lateinamerika riesige soziale Unterschiede. 10 % der reichsten Bevölkerung Lateinamerikas erhalten 32 % der Einkommen, während 40 % der Ärmsten nur 15 % davon haben. Gerade deshalb betonte Raúl Castro in seiner Eröffnungsrede: »Die Völker Lateinamerikas und der Karibik fordern eine bessere Verteilung der Reichtümer und der Einkommen, einen allgemeinen und kostenlosen Zugang zu einer hochwertigen Bildung, Vollbeschäftigung, bessere Löhne, die Ausrottung des Analphabetismus, die Herbeiführung einer echten Ernährungssicherheit, Gesundheitssysteme für die Gesamtheit der Bevölkerung, das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung, Trinkwasser und gesunde Zustände.«

Es ist nicht verwunderlich, dass der höchste Repräsentant des sozialistischen Kubas solche Forderungen vor diesem Forum unterbreitet, da diese Grundbedürfnisse des Menschen an oberster Stelle

der kubanischen Regierungspolitik stehen. Raúl Castro forderte weiterhin mit Nachdruck die Erreichung eines neuen Beispiels für die regionale und internationale Zusammenarbeit. Im Rahmen der CELAC, so sagte er, habe man die Möglichkeit, ein eigenes Modell zu entwickeln, das den Realitäten angepasst, auf den Prinzipien des gemeinsamen Nutzens und der Solidarität basiert und zudem die besten Erfahrungen berücksichtigt, die in den letzten Jahren von den Ländern der Region und von den lateinamerikanischen und karibischen Organisationen für die Integration entwickelt wurden.

Abschlussklärung von Havanna legt Grundprinzipien fest

Diese Grundprinzipien des friedlichen Zusammenlebens sind in der verabschiedeten Erklärung von Havanna enthalten, in der die höchsten Repräsentanten ihren Willen zur Stärkung der CELAC als einen Raum des kollektiven politischen Dialogs bekräftigen, der es gestattet, Lösungen für gemeinsame Probleme zu suchen und die Region besser in der internationalen Gemeinschaft zu platzieren. Bedeutungsvoll ist auch die Betonung der Entschlossenheit, Aktionen durchzuführen, die es den Ländern der Region ermöglichen, »die Auswirkungen der aktuellen internationalen Krise vorzusehen und ihnen zu begegnen.«

Festgeschrieben ist ebenfalls die programmatische Forderung an die internationale Gemeinschaft, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um »die Schwächen und systembedingten Ungleichheiten« zu bekämpfen. Die Erklärung umfasst 83 Paragraphen und berührt Kernpunkte für die regionale Entwicklung, wie auch andere ökonomische, soziale und politische Themen universellen Charakters.

Lateinamerika als Zone des Friedens

Die Erklärung Lateinamerikas und der Karibik zur Zone des Friedens ist zweifellos ein besonderer Markstein des Treffens. Sie legt nicht nur den Fokus auf eine generelle Abrüstung, sondern auch auf ein Verbot des Handels mit konventionellen Waffen. Sie ist zweifellos gerade in der heutigen Zeit ein Vorbild für die ganze Welt.

Die internationale Reaktion darauf ist heute so umfassend wie vor 45 Jahren, als Lateinamerika und die Karibik mit dem Vertrag von Tlatelolco zur kernwaffenfreien Zone erklärt wurden. Die Erklärung von Havanna begrüßt auch deshalb explizit das von der UNO einberufene Treffen über die Nukleare Abrüstung. Die CELAC bekräftigt erneut die dringende Notwendigkeit, in der vollkommenen und allgemeinen Beseitigung der Nuklearwaffen voranzukommen – und zwar in einer Form von Transparenz, Unumkehrbarkeit und Kontrollierbarkeit.

Schutz der regionalen und indigenen Kultur

Die CELAC verpflichtet sich, die kulturellen Traditionen der indigenen Völker und der örtlichen Kommunen, ihre traditionellen Praktiken in der Landwirtschaft zu schützen und den illegalen Handel mit Kulturgütern zu unterbinden. Weiterhin wird hervorgehoben, dass der globale Klimawandel die Zusammenarbeit aller Länder erfordert, insbesondere in der Beschleunigung von Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen giftiger Gase.

Weitere Brennpunkte in Lateinamerika

In der Erklärung von Havanna wird natürlich auch zu allen anderen brennenden und ungelösten Problemen Stellung genommen. So werden die Friedensbemühungen für Kolumbien in den Gesprächen in Havanna unterstützt, die



CELAC-Gipfel erklärt Lateinamerika zur Zone des Friedens – Foto: Juvenal Balán, granma.cu

legitimen Rechte Argentiniens in den Auseinandersetzungen über die Souveränität der Inseln Malvinen, Süd-Georginen und Süd-Sandwich einschließlich der dazugehörigen Seegebiete und die Erwartung einer friedlichen Lösung werden bestärkt.

Die CELAC erklärt ihre Bereitschaft, weiterhin die Anstrengungen der Regierung Haitis zum Wiederaufbau und zur Entwicklung des Landes entsprechend der von der Regierung in voller Souveränität und Anerkennung ihrer Autorität vorgegebenen Dringlichkeiten zu unterstützen.

Die CELAC erklärt wiederholt den lateinamerikanischen und karibischen Charakter Puerto Ricos und verspricht, weiterhin im Rahmen des Internationalen Rechts daran zu mitzuwirken, dass die Region Lateinamerikas und der Karibik ein Territorium frei von Kolonialismus und Kolonien sei.

Sorge um Syrien

Bezüglich des Konflikts in Syrien drückt die CELAC ihre ernste Besorgnis und die Hoffnung aus auf eine friedliche Verhandlungslö-

sung, die »von den Syrern bestimmt wird«. Die in Genf erreichte Vorabstimmung über das Nuklearprogramm des Iran zeige, die Möglichkeiten entsprechender Verhandlungen.

Ende von der US-Blockade und US-Terroristen gefordert

Ebenso weist die Gemeinschaft die Listen und einseitigen Behauptungen von Seiten entwickelter Länder zurück, die die Länder Lateinamerikas und der Karibik als Hort von Terrorismus, Drogenhandel, Diskriminierung von Menschen oder ähnliches bezeichnen. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang die Streichung Kubas aus der entsprechenden Liste des US-State Department gefordert.

Die Beendigung der über 50 Jahre andauernden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen das sozialistische Kuba wird wiederholt einmütig gefordert.

Beispielhaftes Gipfeltreffen

Insgesamt war das Gipfeltreffen der CELAC ein Musterbeispiel

von weltweiter Bedeutung, obwohl es von der bürgerlichen Monopolpresse weitgehend ignoriert wurde, denn dieser ist noch immer der Kampf um eine unipolare Weltherrschaft befohlen. Vielleicht gerade deshalb wurden in der Politischen Erklärung nochmals die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens souveräner Staaten unterschiedlichster gesellschaftlicher Verhältnisse festgehalten: »(Die CELAC) besteht auf eine uneingeschränkte Achtung der Ziele und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts, der friedlichen Lösung von Streitigkeiten, des Verbotes der Anwendung und der Drohung der Anwendung von Gewalt, der Achtung von Selbstbestimmung, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten jedes Landes, des Schutzes und der Durchsetzung aller Menschenrechte, der Rechtstaatlichkeit in nationalen und internationalen Belangen, der Förderung der Bürgerteilnahme und der Demokratie.«

Kubas Arbeiter hielten ihren 20. Kongress ab

von Alberto Berbes Sainz de la Torre, Sekretär Solidarität der Kubanischen Botschaft



Plenarsitzung des XX. Kongresses der CTC Foto: cubadebate.cu

VOR EINIGEN WOCHEN wandte sich der kubanische Präsident Raúl Castro an die Delegierten zum 20. Kongress des kubanischen Gewerkschaftsbundes (CTC), um die Schlussfolgerungen der bedeutsamsten Veranstaltung des kubanischen Proletariats in diesem Jahr zu ziehen. Der kubanische Regierungschef beendete seine Ansprache mit den Worten des Genossen Fidel beim 13. Kongress des CTC: »Man setzt keinen Standpunkt durch, man diskutiert gemeinsam mit den Arbeitern. Es werden keine Maßnahmen durch Verordnung ergriffen. Egal, wie fair oder wie treffend sie sein können, ... müssen die Hauptentscheidungen, die das Leben unseres Volkes betreffen, mit dem Volk und im wesentlichen mit den Arbeitern diskutiert werden.«

Neues Arbeitsgesetz in der Diskussion

Und ausgehend von dieser Prämisse haben die kubanischen Arbeiter in den vergangenen 15 Mona-

ten einen intensiven, umfangreichen und partizipativen Diskussionsprozess an der Basis durchgeführt, um deren 20. Kongress vorzubereiten und den Entwurf des Arbeitsgesetzes zu erarbeiten, das von der Nationalversammlung, der Volksmacht, auf der ordentlichen Sitzung vom Dezember 2013 verabschiedet wurde. Die nahezu 60 Tausend Versammlungen, an denen 2 850 000 Gewerkschaftsmitglieder teilgenommen haben, waren nochmals der Beweis für einen demokratischen und inklusiven Diskussionsprozess, wo jeder Arbeiter das Recht hatte, seine Meinungen zu äußern, ohne dass ein Gesichtspunkt ausgeschlossen oder abgelehnt wird.

Neuwahlen von Führungämtern und Generalsekretären

Dieser Prozess war auch von den gewerkschaftlichen Wahlen zu Führungämtern auf der Basis begleitet, wo etwa 44 % der Ämter und 35 % der Generalsekretäre und Gewerkschaftsbüros wieder-

gewählt wurden. In diesem Sinne darf man nicht vergessen, dass 17 % der gewählten gewerkschaftlichen Führungskräfte nicht älter als 30 Jahre sind, was ein Beweis für das Engagement der Jugend in der gewerkschaftlichen Organisation und für die Bedeutung ist, die diese dem aktuellen Moment beimisst.

Im Rahmen des Kongresses machten die kubanischen Arbeiter eine offene und tiefgründige Analyse der Arbeit des CTC, in der die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, die Weiterbildung ihrer Führungskräfte zu intensivieren, Methode und Arbeitsweisen anzupassen und die Planungsmechanismen zu vertiefen. Ebenfalls wurde als eine Herausforderung betrachtet, weiterhin nicht-staatliche Arbeiter zu organisieren, die aus verschiedenen Gründen keine Gewerkschaftsmitglieder sind.

Gleichzeitig wurde über die Notwendigkeit gesprochen, es zu schaffen, dass der Lohn seine Rolle spielt, und zwar gemäß des Prinzips der sozialistischen Verteilung. Diesbezüglich unterstrich der kubanische Präsident: »Um den Reichtum zu verteilen, muss man ihn zuerst schaffen, und um es zu machen, müssen wir dauerhaft die Effizienz und die Produktivität erhöhen.«

Beim Treffen wurde auch die Erweiterung der Arbeitsverhältnisse analysiert, die es im Land gibt, und zwar nach der Verstärkung von neuen Managementformen. In diesem Sinne wurde daran erinnert, dass trotz der subjektiven und objektiven Fragen im Prozess des Eintritts, die Zahl der Mitglieder im Vergleich zum Jahr 2006 um 143 023 gewachsen ist – dank einer inklusiven Politik, die als Quelle die staatlichen, nicht-staatlichen Arbeiter und die Rentner hat.

Solidarität mit Venezuela

Der 20. Kongress des CTC diente als Forum, um nochmals die volle Unterstützung der kubanischen Arbeiter für die boliviarische und chavistische Revolution, für den Genossen Nicolás Maduro zu bekräftigen, als klarer Beweis für das solidarische Engagement der kubanischen Arbeiterklasse mit dem Andenken und unbestreitbaren Vermächtnis des Freundes und Líder des boliviarischen Prozesses Hugo Rafael Chávez Frías.

Aufgaben der Gewerkschaften

Die kubanische Gewerkschaftsbewegung hat heute die Aufgabe, die Arbeiter zu vernetzen und zu mobilisieren im Interesse der Bildung von patriotischen, moralischen und arbeitsbezogenen Werten, und sie zu vertreten und deren Rechte vor der Verwaltung in einem Klima von gegenseitigen Forderungen zu verteidigen.

Die kubanische Arbeiterklasse baut weiterhin eine sozialisti-

sche Revolution auf, trotz der negativen Auswirkungen der unmenschlichen US-Wirtschaftsblockade und der Wandelbarkeit einer Weltkrise, die auf verschiedene Art und Weise den produktiven Prozess beeinflusst. Aber diese Arbeiterklasse ist selbstbewusst und engagiert sich bei der Verteidigung der Revolution und deren Errungenschaften – überzeugt davon, dass das kubanische sozial-politische Projekt weiterhin vom Erfolg gekrönt wird.



Raúl Castro auf dem XX. Kongress der CTC Foto: cubadebate.cu

Arbeitsgesetz in der Diskussion

Von Roland Armbruster

Einige Gedanken zum geplanten neuen Arbeitsgesetz in Kuba

ALS ICH Ende letzten Jahres in Kuba war, wurde gerade in den Firmen, Fabriken und unter den auf eigene Rechnung Beschäftigten das neue Arbeitsgesetz diskutiert.

Ein Arbeitsgesetz, das alle Rechte in einem Gesetz zusammenfasst, ist für ein sozialistisches Land nichts besonderes – das war in fast allen ehemaligen sozialistischen Ländern der Fall wie z.B. auch in der DDR. Hier in der BRD allerdings wären wir froh darum, da hier Interessenvertreter sich oft durch viele Gesetze wühlen müssen, bis die Rechte klar sind und es oft ohne juristische Beratung nicht geht.

Auf die Einzelheiten des Kubanischen Gesetzes möchte ich hier

nicht eingehen, zumal die endgültige Fassung erst im Frühjahr 2014 beschlossen wird.

Intensive Diskussion

Interessant war, dass das Gesetz breit mit den Beschäftigten diskutiert wird. Wer diskutiert hier mit uns die Arbeitsgesetzgebung? Auf die Frage an Nachbarn und Bekannte, ob sich was ändern würde, war die Antwort fast immer die Gleiche: Sicher wird sich was verändern, in unserem Betrieb wurden Änderungsvorschläge eingereicht. Auf die Nachfrage, ob das Gesetz denn so viele Fehler enthielte, wurde betont, dass das Gesetz in der groben Richtung und Intention wohl von der großen Mehrheit geteilt wird, aber im



Foto: Girón, Matanzas

Detail einiger Änderungsbedarf besteht. Die Nachbarn waren sich aber sicher, dass es gelingen wird, ein vernünftiges Gesetz zustande zubringen und ein Großteil ihrer Vorschläge auf die eine oder andere Art Berücksichtigung finden werden wird.

Auch Selbständige fallen unter das Gesetz

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die auf eigene Rechnung arbeitenden in das Gesetz ausdrücklich einbezogen werden und eben keinen Sonderstatus haben wie bei uns z.B. Leiharbeiter, Werksverträger, Freelancer und andere.

Kolumne

Jorgitos Log

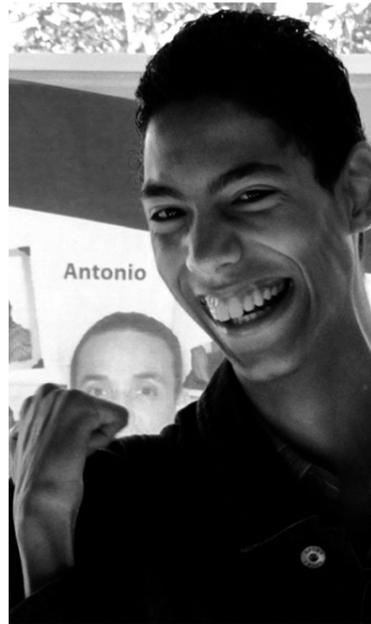
MLB: Major League Blockade

MIT DEM SIEG der kubanischen Revolution begannen die Geheimdienste der US-Regierung damit, Pläne anzuwenden, um die Unterstützung zu unterhöhlen, die dieser Prozess in der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung hatte. Dazu visierten sie neben militärischen Aktivitäten, Sabotageakten und Attentatsplänen an, die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage des Landes zu schädigen. So sollte eine Unterversorgungslage von einem so drastischen Ausmaß geschaffen werden, in deren Folge die Glaubwürdigkeit des Projektes und seiner Führungspersönlichkeiten unter ihr leiden würden.

Am 6. April 1960 verfasste der US-Staatssekretär für iberoamerikanische Angelegenheiten, Lester Malloy, ein Memorandum, in dem es heißt:

»In Kuba gibt es keine politisch effektive Opposition; aus diesem Grund besteht das einzige uns zur Aussicht stehende Mittel, mit dem die Unterstützung für die Revolution im Landesinnern gebrochen werden kann, in Ablehnung und Mutlosigkeit aufgrund von Unzufriedenheit und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es sollte umgehend jedes denkbare Mittel angewandt werden, um das wirtschaftliche Leben auf Kuba zu schwächen. Die Verweigerung von Geld und Warenlieferungen nach Kuba wird die Real- und Nominallöhne senken und für Hunger, Verzweiflung und letzten Endes den Sturz der Regierung sorgen.«

Im Februar 1962 machte die Kennedy-Regierung die Blockade gegen Kuba offiziell. Sie wurde als so weitgehend eingeschätzt, dass der demokratische US-Präsident seinem Gehilfen vor der Un-



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklicht er heute seinen Lebenstraum und studiert Journalismus. Sein ganzer Einsatz gilt der Befreiung der Cuban Five, die ihn ihrerseits wie einen Sohn behandeln.

Jorgito erzählt seine Geschichte auf seinem Blog (<http://jorgitoxcuba.wordpress.com>). Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne.

terzeichnung der Verfügung den Auftrag gab, eine umfangreiche Reserve an kubanischen Zigarren zur Seite zu schaffen.

Damaligen Geheimdienstinformationen zufolge würde Fidel

Castro sich nicht mehr halten können und vom kubanischen Volk gestürzt werden, bevor die eiserne Reserve des US-Präsidenten an Habanos-Zigarren zur Neige ginge. Nachdem die Revolutionsführung jedoch allen Mängeln zum Trotz gestärkt aus der Blockade hervorging und in Angesicht der internationalen Verurteilung derselben als kriminelles Mittel, mussten sich die Lenker der mächtigen US-Regierung rechtfertigen, es handle sich lediglich um ein »Wirtschaftsembargo«, welches nur auf ausgewählte kubanische Produkte Anwendung fände. Tatsächlich jedoch bleibt kein Bereich im Leben des durchschnittlichen kubanischen Bürgers von der Blockade unberührt. Selbst der Sport kann sich dem Geflecht von Gesetzesverordnungen, welches die Landesgrenzen überschreitende Verfügungsgewalt der Blockade konstituiert, nicht entziehen.

Seit dem Sieg der Revolution hat der Staat die massenhafte Ausübung von Sport mit einer an die Erste Welt erinnernden Qualität garantiert. Dazu gehört auch der Sportunterricht auf allen Ebenen des Schulsystems, die massenhafte und gesellschaftliche Verbreitung der Betätigung von Muskelkraft mittels der Errichtung von Sportstätten und der freie gesellschaftliche Zugang zu dem nötigen Zubehör. Gleichzeitig wurden spezielle Hochleistungszentren eingerichtet. Dieses System in seiner Gänze hat es Kuba ermöglicht, Athleten hervorzubringen, die durch ihre Leistungen auf der ganzen Welt einen ausgezeichneten Ruf genießen.

Die Blockade und der Sport

Als Teil der kubanischen Sportbewegung bringt der Baseball au-

ßergewöhnliche Spieler hervor, die ihr Talent in der kubanischen Serie Nacional unter Beweis stellen. Zwar gibt es Spieler, die Interesse hätten, sich im Ausland zu bewähren. Den Sportlern, die ihren ständigen Wohnsitz auf der Insel haben, ist es jedoch nicht möglich, in einer Mannschaft oder einem Wettbewerb aktiv zu

ment einholen mussten, damit die kubanische Baseball-Nationalmannschaft, die sich ausschließlich aus in Kuba lebenden Sportlern zusammensetzt, an diesen Sportveranstaltungen teilnehmen konnte. Dem Antrag wurde in jedem Falle entsprochen, allerdings unter der Bedingung, dass Kuba auf seine Antrittsgelder zu

Sportlern, unter anderen Sportarten oder unter anderen Ländern, deren Name nicht »Kuba« ist, ihre gleichziehen.

Im Gegensatz zu oft kolportierten Nachrichten spielt die Mehrheit der ausgewanderten Baseballspieler nicht in den großen Ligen, sondern verdient ihren Lebensunterhalt in unbedeutenderen Divi-



Vor dem Stadion von Sacti Spiritus, Foto: Instituto Nacional de Deportes, Educación Física y la Recreación

werden, die der nordamerikanischen Baseballvereinigung MLB (Major League Baseball) untersteht. Dies führt dazu, dass von interessierten Spielern verlangt wird, ihrem Land zuallererst und auf Dauer den Rücken kehren zu müssen. Die Sache geht so weit, dass die Organisatoren der drei Clásico Mundial (die gleichbedeutend mit einer Weltmeisterschaft sind) wie auch jene der Serie del Caribe im Jahr 2014 die Erlaubnis des Washingtoner State Depart-

menten zu verweigern, was für das Land einen Einnahmeverlust von 5 Millionen Dollar darstellte.

Andererseits dürfen die kubanischen Spieler, die emigriert sind und sich einer Mannschaft aus den Großen Profi-Ligen angeschlossen haben, weder in ihrem Heimatland spielen, noch in einer internationalen Begegnung für ihr Land antreten. Diese Einschränkung ist ausdrücklich in den Bestimmungen der Blockade festgelegt und sucht unter anderen

sionen. Viele kommen deshalb im Winterhalbjahr nach Kuba, um sich dort in der Serie Nacional einem Wettbewerb zu stellen, der oftmals anspruchsvoller ist.

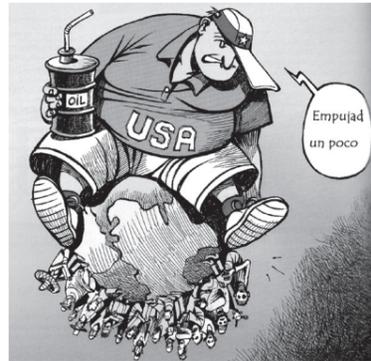
Warum dürfen kubanische Baseballspieler nicht in den beiden großen Ligen oder in anderen, weniger bedeutenden Profi-Ligen der USA antreten, ohne vorher mit ihrem Land zu brechen? Warum dürfen die Kubaner nicht professionell in einem Team der Major League Baseball spielen und zu-

gleich auf der Insel leben oder dort ihren Urlaub verbringen? Aus dem einzigen Grund, dass das OFAC (Office of Foreign Assets Control), das dem US-Finanzministerium unterstellte Kontrollbüro der ausländischen Aktiven, ihnen den Verdienst auch nur eines einzigen Pennys untersagt, solange sie nicht diesen Bruch mit ihrem Land vollzogen haben.

Das Schweigen der Medien

Selbstredend berichten die imperialen Medien nicht über diese Tatsachen, denn es gehört zu ihrer Politik, alles, was mit Kuba zu tun hat, zu verdrehen. Schließlich kommt es den Ideologen der Konterrevolution und des kapitalistischen Life-Styles nicht gelegen, Informationen dieser Art zu verbreiten.

Im Oktober 2013 verwies Antonio Castro Soto del Valle, ehema-



Karikatur aus cubadebate.cu

liger Mannschaftsarzt des kubanischen Nationalteams und Vizepräsident der Weltvereinigung für Soft- und Baseball, auf die problematische Situation aus Kuba emigrierter Spieler. Diese hätten Familienangehörige zurückgelassen und seien dazu verdammt, alle Beziehungen in ihr Heimatland abubrechen, um Baseball

auf höchstem Niveau spielen zu können. Erst kürzlich richtete der auch als Orthopäde des Frank-País-Hospitals bekannte Sohn des historischen Anführers der kubanischen Revolution in einem Interview gegenüber dem ESPN-Magazine zum wiederholten Mal die Aufmerksamkeit auf diese Verbotsbestimmungen der Blockade. Diese zielen einzig und allein darauf ab, zu verhindern, dass die Spieler ihr Geld in ihrem Heimatland ausgeben.

Die Blockade, das größte und älteste Monument des kalten Krieges, hat mehreren Generationen von Kubanern Schaden zugeführt und dabei sein Ziel verfehlt. Ich hoffe, meine zukünftigen Kinder werden sich nicht mehr mit ihr auseinandersetzen müssen.



ANZEIGE

Cuba anders erleben !!!

Reisen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V.

Mit unseren Reisen unterstützen wir viele Sozialprojekte in Cuba!

Cuba anders erleben

Reisestationen: Havanna - Pinar del Río - Mural-Prehistorico
Viñales Tal - Cienfuegos - Valle de los Ingenios - Santa Clara

Termin 20.10.14 - 18.10.14 20.10.14 - 01.11.14 10.11.14 - 22.11.14 29.12.14 - 13.01.15

Preis ab 2299€ über Weihnachten ab 2499€
Flüge möglich ab Frankfurt, München, Düsseldorf
Berlin, Hamburg

Auf den Spuren der Revolution Cubana

Ein wirklich besonderes Erlebnis Wandeln Sie auf den Pfaden der cubanischen Revolution Besuchen Sie die geschichtsträchtigen Orte, an denen vor noch gar nicht allzu langer Zeit für die Freiheit des cubanischen Volkes gekämpft wurde

Termin 17.08.14 - 30.08.14 03.11.14 - 16.11.14
22.12.14 - 04.01.15. ab 2469€

Sonderreise Internationales Filmfestival

Seit über 30 Jahren Jahren treffen sich Filmliebhaber aus aller Welt in Habana um am großen Spektakel der Vorstellung der neuen Filme aus Lateinamerika und vielen anderen Ländern teilzunehmen.

Preis ab 669€ Rundreise plus Flug individuell nach Anfrage



Soliarenas

Telefon +49 (0)2403 555 22 38 e-mail: info@soliarenas.de www.soliarenas.de

Angebote in Kuba für die Mobiltelefonnutzung enorm ausgeweitet

IM MÄRZ berichtete Tania Velazquez, Marketing-Verantwortliche bei ETECSA, der kubanischen Gesellschaft für Telekommunikation, dass die Anzahl von Mobiltelefon-Anschlüssen durch ein erweitertes Serviceangebot gerade in den vergangenen fünf Jahren stark angestiegen ist.

So gab es zum Jahresende 2013 in Kuba 3 232 974 Telefonanschlüsse, 1 995 698 davon waren Mobiltelefone. Deren Anteil liegt aktuell demnach bei 62 % - ist also 1,6-mal so hoch wie die Zahl der Festnetzanschlüsse.

ETECSA testete auch Wireless-Verbindungen bei dem kürzlich

durchgeführten Gipfel der Latein-amerikanischen und Karibischen Staaten. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen legen nahe, diesen Service auch auf Hotel-Netzwerke auszuweiten, berichtete Frau Velazquez.



Foto: cubadebate.cu

Im Laufe des Jahres 2014 sollen auch 1400 neue öffentliche Telefone in Betrieb genommen werden. Dabei werden 1200 nicht funktionstüchtige Geräte ersetzt, 2500 weitere sollen modernisiert werden.

Die Vertreterin von ETECSA ging auch auf die Schaffung der Bedingungen für eine selbstständige Arbeit als Telekommunikationsagent/in ein, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Dies solle eingebunden sein in die Initiativen zur Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells.

Kuba präsentiert Fortschritte auf dem Gebiet der Neurologischen Rehabilitation

IM RAHMEN des Internationalen Kongresses NeuroRehabana 2014 präsentierte Kuba in Havanna vor über 250 internationalen Expertinnen und Experten Erfolge in diesem medizinischen Bereich.

Die Teilnehmenden aus Argentinien, Chile, Mexiko, Spanien, Britannien, den USA und natürlich Kuba trafen sich zu diesem

Forum im Convention Centre in Havanna.

Pedro Luis Pazo, der kubanische Vorsitzende des Organisationskomitees, ging auf einer Pressekonferenz auch auf die erfolgreich erarbeiteten edukativen Strategien ein, die auf der Berücksichtigung der biologischen, psychologischen und sozialen Bedingungen der Menschen basieren. Diese sind be-

einflusst durch deren Umfeld, Alter und ihre Einschränkungen in der aktuellen Situation.

Ein weiteres Thema auf der Agenda des internationalen Forums war der soziale und ökonomische Einfluss bei der Anwendung von Ozon-basierter Therapie an Menschen, die an neurologischen Befunden im Verlauf des Alterungsprozesses leiden.

ANZEIGE

Sie interessieren sich für Kuba und Lateinamerika? Dann lesen Sie die deutschsprachige Ausgabe von Granma Internacional!



Granma Internacional erscheint in sieben Sprachen und bietet neben aktuellen Nachrichten auch Hintergrundartikel und Dokumentationen.

Druck und Vertrieb erfolgt in Kuba.
Das Jahresabonnement kostet 15 Euro.



Ranghoher UN-Vertreter empfängt die Frau eines der Cuban Five

DIE STELLVERTRETENDE Hochkommissarin für Menschenrechte, Flavia Pansieri, empfing in Brüssel Adriana Pérez, die Frau von Gerardo Hernández. Einem der mittlerweile noch drei kubanischen Aufklärer gegen terroristische Aktionen, die noch immer unrechtmäßig in US-Gefängnissen gefangen gehalten werden.

Bei diesem Treffen forderte Adriana dringend eine humanitäre Geste seitens der US-Regierung ein. Ethik und politischer Wille seien gefordert, um diese drei Kubaner nach über 15 Jahren ungerechtfertigter Haft endlich in die Freiheit zu entlassen.

Michelle Bachelet trifft den kubanischen Vizepräsidenten Miguel Diaz-Canel

DIE PRÄSIDENTIN CHILES hat am 11. März den Leiter der kubanischen Delegation, die zu Bachelets öffentlicher Vereidigung nach Chile gereist war, getroffen.

Im Rahmen dieses Treffens überbrachte Diaz-Canel Grüße des kubanischen Präsidenten Raúl Castro. Außerdem brachte er Kubas Bereitschaft zum Ausdruck,

Vor ihrer Verhaftung 1998 hatten sie terroristische Gruppen, die von Miami aus gegen Kuba operierten, beobachtet. Dafür waren sie unvorstellbar hart verurteilt worden.

Zwei von ihnen, Rene Gonzalez und Fernando Gonzalez (nicht verwandt) konnten inzwischen nach Kuba zurückkehren, nachdem sie ihre Strafen bis auf den letzten Tag verbüßt hatten.

Aber Gerardo Hernandez, Ramon Labanino und Antonio Guerrero sind immer noch inhaftiert.

Bei ihrer Aussprache mit der UN-Repräsentantin trug Adriana starke und überzeugende Nach-

weise vor, wie sehr die körperliche und geistige Verfassung ihres Ehemannes Gerardo und seiner Companeros durch die langjährige Haft schon beeinträchtigt wurde.

Sie wies auch eindrücklich darauf hin, dass die Habeas-Corpus-Akte, die vor über zwei Jahren für Gerardo bei Gericht eingereicht worden war, noch immer unbeantwortet geblieben ist.

Sie sprach das große Leid an, das es für die Familien bedeutet, eine so lange Zeit getrennt von den beiden zu leben. Vor allem brachte sie den Wunsch der beiden alten Gefangenemütter vor, wieder mit ihren Söhnen vereint zu sein.

die Beziehungen zu Chile zu vertiefen, nicht nur in politischer, bzw. diplomatischer Hinsicht, sondern auch in der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel.

Die chilenische Präsidentin sprach Kuba ihre Anerkennung für dessen Ausübung des Vorsitzes der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten aus.

Auch Frau Bachelet bekräftigte den Willen Chiles zu einer Festigung der bilateralen Beziehungen zu Kuba.

Weitere Teilnehmer des Treffens waren Chiles Außenminister Haroldo Muñoz, Rogelio Sierra, Kubas stellvertretender Außenminister, sowie der kubanische Botschafter in Chile, Adolfo Curbelo.

ANZEIGE

Ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung Granma Internacional

für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) zum Preis von 15,- Euro

Zahlungsweise: gegen Rechnung

per Bankeinzug (nur innerhalb Deutschlands)

Anschrift:

Name Geldinstitut

Straße BLZ

PLZ/Ort Kontonummer

Datum/Unterschrift:

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch.

Einsenden an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, D - 50825 Köln, Tel. +49 221 21 16 58, Fax +49 221 21 53 73, gnn-koeln@netcologne.de

Granma
Internacional
Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

Lieferbare Materialien

	Preis
Pins / Feuerzeuge / sonstiges	
Pin mit Che-Portrait, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, rund, 2 cm	2,00 €
Feuerzeug mit Che-Motiv	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, Flaggenaufdruck BRD-Kuba (bunt), ca. 90 x 2 cm	3,00 €
Fahnen	
Kubafahne, 90 cm x 150 cm, mit Ösen	10,00 €
Fahne mit Che-Portrait, schwarz auf rotem Untergrund, 90 cm x 150 cm, mit Ösen	10,00 €
Fahne »Hasta la Victoria Siempre« Che-Portrait auf rotem Untergrund, 60 cm x 108 cm, mit Ösen	10,00 €
Fahne »26. Julio«, rot-schwarz-weiß, 175 cm x 90 cm, mit Ösen	10,00 €

Zeitschriften / Zeitungen

Cuba Libre – Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.
Jahresabo (4 Ausgaben): 12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten
Kostenlose Zusendung eines Probeexemplares

Cuba kompakt – Informationsschrift der FG BRD-Kuba e.V.
10 Ausgaben im Jahr – Bezug gegen Unkostenbeitrag für Druck und Versand 10,00 € p.a.

Granma Internacional – Zeitung für Kuba und Lateinamerika
Erscheinungsweise: monatlich
deutsche Ausgabe: Abo 15,00 € p.a.

Granma Internacional – Zeitung für Kuba und Lateinamerika
Erscheinungsweise: monatlich
spanische oder englische Ausgabe: Abo 48,00 € p.a.

	Preis
Bücher	
H. W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker <i>Neuerscheinung</i>	12,00 €
E. Panitz: Comandante Che – Biografische Skizze	5,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause – Zur Entwicklung in Kuba	13,50 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker – Die DDR und Kuba	9,50 €
H. Langer (Hrsg.): Fidel Castro – Reflexionen <i>Sonderpreis</i>	5,00 €
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba	5,00 €
Komitee Basta Ya! (Hrsg.): Die USA und der Terror – Der Fall der Cuban Five	5,00 €
H.C. Ospina / K. Declercq: Originalton Miami – Die USA, Kuba und die Menschenrechte	7,00 €
R. Ridenour: Kuba – ein Yankee berichtet	3,00 €

CD/DVD

CD Música y Revolución 5,00 €
DVD »Zucker und Salz« (OmU) 10,00 €

Fotos/Plakate/Postkarten

Plakat Che Guevara, DIN A2, s-w *Sonderpreis* 1,50 €
Aktionspostkarte *kostenlos*
»Cuban Five – Jeden 5. für die Fünf!«

Gruppen des FG BRD-Kuba e.V. erhalten 30 % Rabatt

Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika!
Filmbeschreibungen auf unserer Homepage www.fgbrdkuba.de

Bestellungen über:

FG BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80
info@fgbrdkuba.de

Alle Preise zuzüglich Porto und Verpackung – Vorauszahlung vorbehalten



Berlin steht auf für die Befreiung der Fünf



Fotos: Gabriele Senft

AM 15. MÄRZ rief im Rahmen des weltweiten Aktionstages für die Politischen Gefangenen das Berliner Bündnis zur Befreiung der Fünf zu einem Aktionstag vor der US-Botschaft in Berlin auf.

Die Cuban Five, die versucht hatten, weitere Terroranschläge auf Kuba von rechtsextremen Exil-Kubanern zu verhindern, waren in Miami in einem unfairen Verfahren zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Drei von ihnen sitzen immer noch in US-Gefängnissen.

Dem Aufruf des Bündnisses folgten zahlreiche Redner und Künstler trotz des äußerst stürmischen Wetters, das aus den auf den Infotischen liegenden Fugblättern kurzerhand fliegende Blätter machte.

Für das Netzwerk Cuba sprach Harri Grünberg. Er bekundete den festen Willen der Kuba-Solidarität, in ihren Anstrengungen für Freilassung der Cuban Five nicht nachzulassen, bis alle wieder in Kuba seien.

Marion Leonhardt betonte für die Freundschaftsgesellschaft, dass man sich freue, dass Fernando nun endlich

wieder in Kuba sei. Allerdings sei diese Freunde getrübt, da es weder bei Rene noch bei Fernando gelungen sei, ihre Haftzeit zu verkürzen. Der Fall der Fünf sei auch von besonderer Wichtigkeit, da er gegen Kuba ziele und damit auf einen Hoffnungsträger für alle fortschrittlichen Kräfte dieser Welt.

Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, hatte das Wochenende zuvor an dem Hearing zum Fall der Fünf in London teilgenommen und berichtete über ihre Eindrücke. Es sei mehr als deutlich geworden, dass die Fünf sich nichts haben zu

schulden kommen lassen und ihr Verfahren kein rechtsstaatliches war. Präsident Obama solle endlich die Drei noch in US-Gefängnissen sitzenden begnadigen, war das klare Signal in Richtung US-Botschaft.

Michael Czech von der DKP forderte unter anderem eindringlich, die beiden letzten Jahre von Obamas Amtszeit in 2014/2015 zu nutzen, um alle Fünf freizubekommen. Dazu wolle man alle Anstrengungen verstärken.

Eindrucksvoll legte Dr. Winfried Hanisch, Vorsitzender der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, in sei-

nem Redebeitrag dar, welche Blutsprache die USA in Kuba, Lateinamerika und weiteren Orten der Welt hinterlassen haben (sh. auch S. 28). Mit den Cuban Five seien nicht die Terroristen verhaftet worden sondern diejenigen, die Anschläge hatten verhindern wollen.

Besonderen Dank gilt auch für die solidarischen Beiträge der Mumia-Solidarität und der Roten Hilfe.

Unterbrochen wurden die Redebeiträge von Darbietungen verschiedener Musiker. Nicolas Miquea und Patricia Duarte aus Chile sowie Diego Rey aus Spanien begeisterten mit ihren Lie-

dern. Auch sie forderten die Freilassung der Drei und ihre sofortige Rückkehr nach Kuba.

Untermuert wurde dies auch durch zahlreiche Grußadressen für den Aktionstag aus Europa wie etwa von der KP Luxemburg und der KP Irlands, aus dem Baskenland und aus Lateinamerika wie z.B. von der KP Chiles und aus Kuba kam eine Grußadresse von unserem Kolumnisten Jorgito (sh. S. 8).

Einig waren sich alle, dass der politische Druck auf die USA noch erhöht werden müsse.

Dazu wollen alle beitragen. (leo)



Augsburg: Franz Egeter, Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de
Berlin: Marion Leonhardt, Voltastr. 2a, 13355 Berlin
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de
Bielefeld: Andreas Voßhenrich-Werner, Turmstr. 12, 33615 Bielefeld
E-mail: bielefeld@fgbrdkuba.de

regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

Bonn: Mehrnaz Amiri-Bühlen, Kennedyallee 111a, 53175 Bonn
E-mail: mehrnazamb@gmail.com
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn
Bremen: Elka Pralle, Friesenstr. 109, 28203 Bremen
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de
Dortmund: Heinz Liebold, Gießereistr. 4, 44289 Dortmund
Duisburg: Renate & Ulli Fausten, Dickelsbachstr. 21, 47053 Duisburg
E-mail: cubita@gmx.de
Düsseldorf: Klaus Winkes, Hildebrandtstr. 7, 40215 Düsseldorf
E-mail: winkes@contour-concert.de
Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka, PF 1144, 99801 Eisenach
E-mail: roland.wanitschka@web.de
Essen: Heinz W. Hammer, Holtener Str. 2, 45143 Essen
E-mail: fg.essen@tele2.de
Homepage: www.cubafreundschaft.de
Frankfurt a.M.: Burkhard Alpmann, Spessarttring 6, 65428 Rüsselsheim
E-mail: burkhard.alpmann@web.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt
Frankfurt/O.: Bernd Niereisel, Hansastr. 91, 15234 Frankfurt/O.
E-mail: bernd.niereisel@freenet.de
Freiburg: Carmen Giesin, Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg
E-mail: carmengiesin@gmx.de
Gelsenkirchen: Christa Grewe, Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen
E-mail: grewechr@aol.com
Gießen: Erika Beltz, Diezstr. 7, 35390 Gießen
E-mail: giessen@fgbrdkuba.de
Göttingen: Gunnar Siebecke, Harzstr. 13, 37081 Göttingen
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

Kaiserslautern: Helga Maier, Heißenbergstr. 9, 66851 Queidersbach
E-mail: helga.maier@kabelmail.de
Karlsruhe: Roland Armbruster, Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de
Kiel: Sabine & Rigoberto Neyra-Ampudia, Am Biberbach 7, 24145 Kiel
E-mail: rigosabi@t-online.de
Koblenz: Robert Peiter, Friedrichstr. 7, 56333 Winnigen
Köln: Ingrid Hunold, Schumannstr. 19, 51375 Leverkusen
E-mail: schu19@online.de
Konstanz: Michaela & Gottfried Heil, Teuringer Str. 42, 88045 Friedrichshafen
E-mail c/o: Roland.Armbruster@t-online.de
Landshut: Karl Schönberger, Landshuter Str. 22, 71692 Möglingen
Mannheim/Rhein-Neckar: Barbara Caroli-Buch, Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim
E-mail: barbara@muellerweb.de
München/Südbayern: Werner Ströhlein, Grünecker Str. 16 f, 85375 Neufahrn
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de
Neuss: Istvan Kerti, Jülicherlandstr. 138, 41464 Neuss
E-mail: kabo52@gmx.de
Nürnberg: Marianne Schweinesbein, Sielstr. 6, 90429 Nürnberg
E-mail: schweinesbein@t-online.de
Regensburg: Bernhard Ostermeier, Mariaortestr. 9, 93161 Sinzing
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de
Saarbrücken: Volker Jung, Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken
E-mail: volkerjung@arcor.de
Stuttgart: Reiner Hofmann, Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart
E-mail: Reiner_Hofmann@t-online.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart
Tübingen: Stefan Dreher, Schleifmühlweg 32, 72070 Tübingen
E-mail: mail@stefandreher.de
Velbert: Hartmut Meinert, Maybachstr. 159, 50670 Köln
E-mail: hartmut.meinert@web.de
Würzburg: Michael Meyer, Rückertstr. 7, 97072 Würzburg
E-mail: cubasoli@onlinehome.de
Wuppertal: Dirk E. Werner, Marienstr. 67, 42105 Wuppertal



Vor dem Tagungshotel beim XVI. Europatreffen der Kuba-Solidarität Foto: Jörg Rückmann / CC by-nc-sa 2.0

Europawahl und Normalisierung

Linke Parteien erklären im Wahlkampf Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

von Volker Hermsdorf

DIE EUROPÄISCHE UNION und Kuba wollen bis Ende nächsten Jahres ihre Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen abschließen. Die sozialistische Karibikinsel ist derzeit das einzige Land in Lateinamerika und der Karibik, zu dem die EU keine vertraglich geregelten Beziehungen unterhält. Eine Normalisierung liegt im beiderseitigen Interesse und wird mittlerweile auch von deren bisherigen Gegnern in der EU nicht mehr blockiert. Im Wahlkampf zur Europawahl am 25. Mai erklären sich jedoch nur linke Parteien mit Kuba solidarisch.

Rund 400 Millionen Bürger in den 28 EU-Mitgliedsstaaten sind zu dieser Wahl aufgerufen. Sie findet zu einer Zeit statt, in der Europa von zunehmender Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und wachsenden sozialen Protesten geprägt wird. Führende EU-Staaten – darunter auch die BRD – beteiligen sich zur Sicherung von Ressourcen und Absatzmärkten, an militärischen Aggressionen und Interventionen. Mittler-

weile gehen sie – wie in der Ukraine – ganz offen sogar Bündnisse mit faschistischen Bewegungen ein, um demokratisch gewählte Regierungen zu beseitigen, die ihren Zielen im Weg stehen. Diese Politik wird nicht nur von den konservativen, neoliberalen und rechten Fraktionen forciert, sondern auch von einer Mehrheit der Grünen und Sozialdemokraten im Europaparlament unterstützt. Lediglich die 35 Abgeordneten der linken Fraktion »GUE/NGL«, zu der auch acht Parlamentarier der LINKEN aus der BRD gehören, versuchen gegenzusteuern, allerdings nicht immer geschlossen. Das gilt auch für die Kuba-Politik der EU.

»Gemeinsamer Standpunkt«

Vor 18 Jahren schien ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und Kuba bereits zum Greifen nahe, nachdem dessen Entwurf im Januar 1996 vom Europäischen Parlament abgesegnet worden war. Auf Intervention der USA wurden die Gespräche allerdings »auf Eis gelegt« und – nach dem

Abschuss zweier Contra-Flugzeuge, die in den kubanischen Luftraum eingedrungen waren – von der EU für gescheitert erklärt.

Im Dezember 1996 wurde auf Betreiben der damaligen ultrarechten spanischen Regierung unter José Maria Aznar, der enge Verbindungen zu terroristischen exilkubanischen Organisationen im Süden der USA pflegt, der »Gemeinsame Standpunkt« der EU-Staaten beschlossen, der deren Verhältnis zu Kuba bis heute belastet. Die EU-Länder verhängten Sanktionen, um auf die Innenpolitik der sozialistischen Karibikinsel Einfluss zu nehmen und dort zu einem Systemwechsel hinzuwirken. In den folgenden Jahren drängte vor allem der damalige Grüne Außenminister Joschka Fischer auf eine »konsequente Umsetzung der Sanktionen und eine harte Linie gegen Kuba«. Mit der Übernahme des Amtes durch den Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier, auf dessen Initiative die Sanktionen im Jahr 2008 aufgehoben wurden (die CDU warf ihm darauf vor, die

»gemeinsame europäische Linie« zu unterlaufen), änderte sich die deutsche Kuba-Politik vorübergehend, um in der schwarz-gelben Koalition unter Guido Westerwelle (FDP) aber wieder ins alte Muster des Kalten Krieges zurück zu fallen.

Trotzdem beschlossen die Außenminister der Europäischen Union im November 2012, Kuba wieder Gespräche über ein Kooperationsabkommen anzubieten. Widerstand gab es nur noch aus Polen, der Tschechischen Republik, Schweden und von der früheren schwarzgelben Bundesregierung. Am 10. Februar 2014 bot die EU Kuba dann jedoch offiziell die Aufnahme von Gesprächen an.

Kehrtwende in der EU-Politik

Am 6. März nahm der Kubanische Außenminister Bruno Rodríguez das Angebot gegenüber dem EU-Botschafter in Havanna, Herman Portocareo, an und ernannte seinen Stellvertreter Abelardo Moreno Fernández zum Verhandlungsführer. Er habe den Vorstoß der EU »mit großer Befriedigung« aufgenommen, sagte Rodríguez und bewertete die Aufnahme der Gespräche »als Zeichen dafür, dass die Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba gescheitert ist«. In einer Presseerklärung verwies die kubanische Seite auf die souveräne Gleichheit der Staaten und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder als Grundlage der Beziehungen.

Das angestrebte Abkommen, betonten beide Seiten, solle die Beziehungen zwischen der EU und Kuba stärken und einen stabilen Rahmen für eine verbesserte Zusammenarbeit bilden. Daran sind zahlreiche europäische Länder – trotz ihres »Gemeinsamen Standpunktes« – aus ureigensten wirtschaftlichen Interessen ohnehin seit Jahren interessiert.

Die rechtskonservative Regierung Spaniens, Initiator der EU-

Blockade und früher absoluter Hardliner gegenüber Kuba, hat unter ihrem derzeitigen Präsidenten Mariano Rajoy eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen. Im Jahr 2013 erreichte der Handel zwischen Kuba und Spanien ein Rekordniveau. Auch in Paris steht der bilaterale Ausbau der Beziehungen auf der Tagesordnung. Anfang März vereinbarten Vertreter Kubas und Frankreichs die »verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur«. Erst im Januar hatte der niederländische Außenminister, Frans Timmermans, in Havanna zahlreiche Verträge unterzeichnet. Neben Holland, Frankreich und Spanien haben bisher 14 weitere EU-Mitgliedsstaaten bilaterale Abkommen mit Kuba vereinbart.



Positionen zur Europawahl

Es scheint also, dass die EU-Länder sich ihre Kuba-Politik nicht länger von Washington diktieren lassen wollen. Für Kuba ist das zunächst ein diplomatischer Erfolg, von dem sich Havanna mittelfristig auch wirtschaftliche Vorteile erhofft. »Einige Politiker in Europa und den USA merken jetzt offenbar, dass ihre Versuche, die Revolution zu vernichten, gescheitert sind«, interpretiert der kubanische Journalist Iroel Sánchez die EU-Offerte und meint: »Die neuen Signale sind ein Beweis für die Stärke der Kubanischen Revolution und ihr hohes Ansehen

in der Welt. Wenn die Revolution schwach wäre, würden sie ihr Verhalten nicht ändern.« Trotzdem, sagte er in einem Interview mit der »jungen Welt«, glaube er nicht »an ein Ende der Angriffe gegen Kuba und den Sozialismus«.

Die subversiven Aktivitäten der rechten, neoliberalen, sozialdemokratischen und grünen europäischen Parteien belegen das. Über ihre Parteistiftungen werden kubanische Konterrevolutionäre innerhalb und außerhalb des Landes als »Fünfte Kolonne« für den Umsturz finanziert, ausgebildet und angeleitet. Das im Irak, in Libyen, Syrien und der Ukraine erprobte Modell würden sie lieber heute als morgen auch in Kuba testen.

Nur wenige Parteien in Europa erteilen solchen Planspielen eine Abfuhr. In der BRD verabschiedete DIE LINKE am 15. Februar in Hamburg auf ihrem Europaparteitag eine Resolution »Zur Solidarität mit dem sozialistischen Kuba«¹, die die Partei und ihre Europaabgeordneten auf eine solidarische Politik zu Kuba verpflichtet. Die ebenfalls bei der Europawahl antretende DKP traut den Versprechungen nach früherer Unterstützung rechter antikubanischer Initiativen durch deren Spitzenkandidatin Gabi Zimmer allerdings nicht und fürchtet, dass die Politik im EU-Parlament von »der Parteirechten« bestimmt werden wird.² Da das Bundesverfassungsgericht Ende Februar die bisherige Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl gekippt hat, könnten theoretisch bald beide linken Parteien ihre Positionen zu Kuba im nächsten Europaparlament vertreten.

¹ <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/weitere-beschluesse/solidaritaet-mit-dem-sozialistischen-kuba-solidaritaet-mit-dem-integrationsprozess-in-lateinamerika/>

² <http://news.dkp.de/2014/02/die-links-partei-politik-im-eu-parlament-wird-die-parteirechte-machen/>

»Weil Kubaner internationalistische Sozialisten sind«

Interview mit Denis Goldberg

Nelson Mandela hat Fidel Castro für die Unterstützung im Kampf gegen die Apartheid gedankt mit den Worten, dass das kubanische Volk immer einen besonderen Platz im Herzen der Afrikaner habe. Wie sah der Beitrag der Kubaner dabei aus, was war das Besondere?

Kuba spielte im Allgemeinen eine wichtige Rolle in Afrika. Im Kampf um die Freiheit der Demokratischen Republik Kongo, in Angola, in Mosambik, im mittleren und südlichen Afrika im Allgemeinen. Und es tat es auf verschiedene Weise. Diese Länder wurden unabhängig. Sie brauchten militärische Ausbildung, sie brauchten medizinische Dienste, sie brauchten soziale Dienste. Kuba spielte eine wichtige Rolle in Afrika – durch die Unterstützung für jene Länder, die ihre Unabhängigkeit erklärt hatten und für diejenigen, wo die Unabhängigkeit durch Intervention bedroht wurde. Nehmen Sie zum Beispiel Angola: UNITA, von Südafrika und den Vereinigten Staaten unterstützt, gegen die sozialistische MPLA. Kuba leistete militärische Unterstützung, es hat Ärzte, Krankenschwestern und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen geschickt. Es war nicht nur die militärische Unterstützung. Zum Teil bestand das Training in der Benutzung der Ausrüstung, die von der Sowjetunion geliefert worden war: Flugzeuge, Radar und andere Geräte. Aber sie stellten Soldaten zur Verfügung und als die südafrikanischen Streitkräfte kurz davor waren, die Hauptstadt einzunehmen, wurden die kubanischen Soldaten sehr schnell herbeigeholt und stoppten den Prozess. Angola wäre eine Kolonie von Südafrika geworden.

Und so kämpften sie die Südafrikaner zurück und ... am Ende ging Südafrika durch seine Versuche



Denis Goldberg bei der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2014; Foto: Marion Leonhardt

militärischer Intervention ganz bankrott. Zur gleichen Zeit bildete Kuba Menschen für unser zukünftiges freies Südafrika aus: Mediziner, Hochschulmensen, Physiker – kein direkter wirtschaftlicher Vorteil, dass das, was sie studieren wollten auch studierten.

Sie unterstützten unsere kommunistische Partei, Umkhonto we Sizwe und in diesem Sinne haben sie eine Rolle gespielt. Und schließlich war die Schlacht von Cuito Cuanavale wichtig. Es war nicht eine Ein-Tages-Schlacht, es dauerte drei Monate, um aus dem Nichts eine Entscheidungssituati-

on aufzubauen, wo irgendwie die Streitkräfte schließlich in Konflikt gerieten und die gepanzerten Kolonnen der Apartheid besiegt wurden. Sie sagen, sie verloren nur drei Männer, aber sie mussten sich zurückziehen, weil die Angolaner mit kubanischen Piloten und sowjetischem Radar und Flugzeugen die Lufthoheit hatten und Südafrika hatte ein paar alte französische Flugzeuge, so dass sie sich zurückziehen mussten.

So erzwang dies die Verhandlungen, denn es war die Einigung durch Verhandlungen, dass Kuba zu einem bestimmten Termin

Denis Goldberg wurde 1933 in Kapstadt als Sohn jüdischer Eltern geboren. Der Aktivist des von Nelson Mandela geleiteten bewaffneten ANC-Arms »Umkhonto we Sizwe« (Speer der Nation) wurde im Rivonia-Prozess 1963/64 zu »viermal lebenslänglich« verurteilt. Als Weißer wurde er nicht mit seinen Gefährten um Mandela auf Robben Island, sondern in einem Apartheidgefängnis in Pretoria inhaftiert. Nach 22 Jahren kam er frei und arbeitete ab 1985 für die Befreiungsbewegung zunächst im Londoner Exil. Er war ANC-Vertreter im Anti-Apartheid-Ausschuss der UNO. Zurück in Südafrika war der Bauingenieur Berater des Ministers für Wasser- und Forstwirtschaft. (jW)

zurücktreten sollte – sie machten es auf den Tag – was die Amerikaner zufrieden stellte und die Amerikaner übten Druck auf Südafrika aus, den Kampf zu beenden. Und das Ende des Kalten Krieges durch den Zusammenbruch der Sowjetunion machte ein Fenster auf. Ein unabhängiges Südafrika würde keine sowjetische Kolonie sein, es wäre es nie gewesen, aber es entfernte den politischen Druck in den USA. Und so spielte Kuba eine wichtige Rolle. Sie befreiten Mandela nicht direkt. Es war ihre Rolle bei der Niederschlagung der imperialistischen Kontrolle über diese Länder – die direkte imperialistische Kontrolle – und der Bankrott von Südafrika.

War diese Unterstützung – sowohl militärisch als auch zivil – nicht eher ungewöhnlich für ein Entwicklungsland? Wie war Kuba das möglich?

Weil Kubaner internationalistische Sozialisten sind, die die Prinzipien über die die anderen Länder reden, in die Tat umsetzen.

Aber wir hatten die Unterstützung ähnlicher Art aus der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks, es war nicht Kuba allein.

Sie versorgten die Menschen, aber Kuba konnte wegen der Unterstützung aus Osteuropa überleben. Das ist auch eine Realität. Also ja, es war ungewohnt, aber wunderbar, was für ein wunderbares Beispiel.

Die Invasion Südafrikas in Angola wurde lange Zeit von der Weltöffentlichkeit verborgen gehalten. Es gab in der Presse eine Mauer des Schweigens. Erst Fotos der Kubaner und von der MPLA von gefangenen südafrikanischen Soldaten haben das an die Öffentlichkeit gebracht. Hatte die Bevölkerung in Südafrika wirklich geglaubt, dass es sich bei den südafrikanischen Invasoren um einen Grenzkrieg mit Söldnern gehandelt hat?

Sie wissen, ich werde über bestimmte besondere Details nicht sprechen, aber die Gefangennahme der Südafrikaner in Angola war wichtig. Ebenso wichtig waren die Konflikte in Namibia selbst und die südafrikanischen Angriffe auf ANC-Camps in Angola und Mosambik und anderswo, wo sie plötzlich den Schock ihres Lebens bekamen, als schwarze Soldaten weiße Soldaten töten konnten.



Kampfgefährten: Nelson Mandela und Denis Goldberg; Foto: Debbie Yazbek/Nelson Mandela Foundation

Psychologisch war es ein furchtbarer Schock – so sehr, dass dies in Südafrika verheimlicht wurde. Es gab Soldaten, die in den Kampf gingen, denen das Rad von ihren gepanzerten Personenfahrzeug geblasen wurde, sie überfallen wurden und den Eltern jener Soldaten, die getötet wurden, wurde gesagt: »Es war ein Autounfall, wir trainieren die Fahrer, bessere Fahrer zu sein.« Aber wenn die jungen Soldaten nach Hause gingen und den Eltern von denen erzählten, die gestorben waren, war die Enttäuschung riesig. »Du sagst uns, unsere Söhne sind Helden, die Kinder starben, um die Apartheid zu verteidigen und du behandelst sie als

Autounfälle, du sagst uns nicht mal die Wahrheit.« Die Enttäuschung wuchs wirklich. Und die psychologische Wirkung der jungen Soldaten, die nach Hause kamen, mental durch das, was sie erlebten, gestört und deren Arbeit jetzt von Afrikanern gemacht wurde. Kapitalisten finden Wege, um Gesetze zu umgehen. Mit Hilfe der Regierung, wenn die jungen Weißen ihren Militärdienst ableisten, wenn sie ihrer produktiven Arbeit aber nicht nachgehen. So wächst die Inflation, weil Soldaten essen und nicht produzieren, und sie kommen nach Hause und ihre Arbeitsplätze sind weg. Gerade das, was sie verteidigten, ist zerstört: Apartheid.

Und dies ist es, wo die Ernüchterung herkommt. Dann, als der Aufstand in den Townships 1989/1990 stattfand, wurden junge Soldaten entsandt, um die Townships zu kontrollieren – junge weiße Soldaten. Viele von ihnen sagten: »Nein, Nein, wir sind keine Polizisten, wir werden unser Land gegen äußere Angriffe verteidigen, nicht gegen unsere Bürger« und weigerten sich, ihren Militärdienst zu tun.

Und mit der Zeit kam es zu einem Punkt, wo die Hälfte eines Jahrganges, die das Alter von 18 Jahren erreichten, ihren Militärdienst verweigerten. Die Androhung von sechs Jahren Haft wurde bedeutungslos, sie verweigerten einfach. Wenn deine Bevölkerung sich weigert, die Regierung zu unterstützen, das ist das Ende. Und dann, wenn du an die Menschen denkst, diese jungen Männer mussten sich im Untergrund verstecken – jemand hatte sich um sie zu kümmern. So unterstützten die Kirchenfrauen, die Black Sash Damen – anstatt nur abseits zu stehen und zu protestieren – jetzt aktiv den Widerstand. Und so eine Bewegung wächst in einem Land, in dem sogar die Regierung zuhören und verhandeln muss. Das ist, was passiert ist. Das ist es einfach gesagt.

Auf der anderen Seite kam es nach dem Bekanntwerden der Invasion auch zu einer verstärkten Isolierung des Apartheidregimes. Welche Bedeutung hatte das für den Kampf in Südafrika?

Internationale Solidarität mit der Freiheitsbewegung war enorm wichtig, wirtschaftlich, wo es funktionierte, und die Banker gestanden es schließlich zu, war um Waren zu importieren, die verbo-



Kubanisches Poster aus dem Jahr 1967

ten waren und für die sie mehr zu zahlen hatten, und um ihre Waren, die sie produzierten, zu verkaufen – einschließlich der Rohstoffe – mussten sie die Preise senken. So wird die Wirtschaft von beiden Seiten gequetscht, bis sie nicht mehr funktioniert. Es funktionierte wie eine Kriegswirtschaft: Du druckst Geld und druckst Geld und druckst Geld, bis am Ende die großen Banken, die amerikanischen Banken nicht mehr helfen würden, wegen des Drucks der internationalen Isolation. Und die deutschen Banken sprangen ein, verkauften das Gold, versuchten zu helfen und so weiter, und der Druck in Deutschland wurde zu groß. So waren internationale Isolation und Sanktionen ab-

solut entscheidend. Und die internationale Solidaritätsbewegung, aus dem Osten, wo Regierung und die Bevölkerung gegen die Apartheid handelten, im Westen, wo die Menschen handelten, um ihre Regierungen zum Handeln zu zwingen – und nicht ihre Regierungen, ihre Regierungen unterstützten die Apartheid zu lange. So war Isolation wichtig.

Wie ist das Verhältnis der fortschrittlichen Kräfte in Südafrika zu Kuba heute? Welche Bedeutung hat Kuba?

Nun, wissen Sie, mit dem amerikanischen Embargo, Fahrzeuge und so weiter, schuf die Deutsche MAN ein Werk, um Dieselmotoren in Südafrika für unsere Panzer zu produzieren, so konnten wir exportieren und Dieselmotoren nach Kuba spenden. Was wir über unsere militärische Abteilung machten, weil Ronnie Casrils stellvertretender Minister und als Kommunist ein solider Unterstützer von Kuba war und so halfen wir auf diese Weise. Aber die Solidarität geht weiter mit dem Austausch von Ärzten aus Kuba, die in unseren ländlichen Bereichen arbeiten, durch Experten für Wasserangelegenheiten, Hydrologie – tolle Experten, und ich kenne sie, weil ich im Ministerium als Berater gearbeitet habe, so dass ich darüber wusste – und die Kontakte sind geblieben, gibt es immer noch. Kuba ist für viele Südafrikaner ein enormes Vorbild. Und als Nelson Mandela als Präsident eingeführt wurde, gab es eine große Debatte, wer der letzte der Staats- und Regierungschefs sein würde, den er aufsuchen würde, um auf das Prozedere zu kommen. Fidel Castro war der Präsident – und nur der stellvertretende Präsident der Vereinigten Staaten war es, der sich weigerte, vor Präsident Castro zu erscheinen, weil er Amerikaner ist, und so verzögerte sich die gan-

ze Prozedur um eine Stunde und dann kam der amerikanische Vizepräsident, und es gab sehr höflich ein wenig Applaus. Und dann kam Fidel und das ganze Publikum stand auf und jubelte. Großer Moment!

Und dann kam Nelson Mandela und die fünf Top-Generäle Südafrikas waren da. Heer, Marine, Luftwaffe, Polizei, Gefängnisse. Und sie salutierten dem gewählten Präsidenten, und es war wie in alten und feudalen Zeiten, in denen die Lords den neuen König begrüßen. Es war wie ein Versprechen der Gefolgschaft, es war ein sehr wichtiger Moment. Es war die Rede von einer Konterrevolution, die alte Spitze der Armee, Constand Viljoen, drohte mit einem Aufstand und Nelson Mandela und andere, aber vor allem Mandela, sprachen mit ihm und sagten: »Sie haben immer über Demokratie gesprochen, warum gründen Sie nicht eine politische Partei und sehen was passiert?« Nun, das war ein einfacherer Weg, als eine Konterrevolution zu machen, war sehr überzeugend – und so sind wir dem entgangen. Denn am Ende muss ich sagen, so sehr ich das Gefühl habe, dass De Klerk unserer Nation eine Entschuldigung schuldet, hat er tatsächlich sein Leben für die Änderung aufs Spiel gesetzt. Es gab jene unter seinen Sicherheitskräften, die ihn gerne tot gesehen hätten. Und er arbeitete nach und nach mit seinen Anhängern, um diese alten reaktionären Menschen, die reaktionärsten Gruppen in der Armee und in den Streitkräften, zu isolieren und hatte Erfolg. Deshalb hatten wir eine relativ friedliche Transformation, relativ gesehen. Nur zehntausend Menschen wurden getötet. Das ist, warum ich sage, relativ. Das ist meine englische Ironie. Vielen Dank.

*Interview: Christian Selz
Übersetzung: Marion Leonhardt*

Freiheit für die Cuban Five

Die Völker Lateinamerikas klagen an!

von Dr. Winfried Hanisch

KUBA befindet sich seit 1961 »im Fadenkreuz der USA« (H. Schäfer, Berlin, 2007). Nach der Niederlage in der Schweinebucht 1961 verhängte Präsident J. F. Kennedy im Februar 1962 eine totale Wirtschaftsblockade gegen Kuba. Die USA, die NATO und damit auch Regierungen der Bundesrepublik Deutschland investierten Milliarden US-Dollar in Programme zum Sturz des politischen Systems in Kuba. Bei Terrorakten, wie Flugzeugsprengungen, chemischer und bakterieller Kriegführung wurden fast 4000 Kubaner ermordet.



Foto: Gabriele Senft

Terror gegen Kuba

Gegen Kuba wurden hunderte Terrorakte durchgeführt. Die Cuban Five haben dazu beigetragen, über 150 Terroranschläge zu verhindern.

Die Inhaftierung und ihre Fortsetzung verhöhnt die Opfer in Kuba und fördert Terrorismus in Lateinamerika.

Blutspur in Lateinamerika

Kuba ist kein Einzelfall. Eine Blutspur überzieht Südamerika und die Karibik (siehe auch Gregorio Selzer, »Cronologia de las intervenciones extranjerias en America latina«, Tomo IV, Mexico, 2009 und William Blum, »Zerstörung der Hoffnung«, Frankfurt a.M., 2008).

Das massenhafte Foltern, Töten und Entführen setzte in Lateinamerika schon 1953 mit dem Putsch von General Pinilla in Kolumbien und dem Sturz von Präsident Jacobo Arbenz 1954 in Guatemala ein und endet mit dem letzten bekannten Putsch gegen Präsident Bischof Lugo im Juni 2012 in Paraguay. In 60 Jahren haben

in Lateinamerika über 20 Militärputsche und ausländische Militärinterventionen stattgefunden. Bei diesen Verbrechen gegen die Völker Lateinamerikas wurden über eine Million Menschen getötet (ausführliches Zahlenmaterial und Quellen siehe: BIG Business Crime, 1/2014, Seite 27 bis 31 oder »Guatemala-Chile-Argentinien. Aufarbeitung der Militärdiktaturen«, Pankower Vorträge, Heft 181, »Helle Panke«).

Der Putsch 1964 in Brasilien mit 3000 Toten und 20 000 Gefolterten, der US-Einmarsch 1965 in die Dominikanische Republik mit 4000 Toten, der Putsch 1973 in Chile mit 3200 Toten und Verschwundenen, der US-Überfall auf die kleine Insel Grenada mit über 100 Toten sind weitere Beispiele dieser nationalen Tragödien, an denen häufig die USA maßgeblich beteiligt waren.

Bürgerkriege und Staatsterror haben Millionen Lateinamerikaner ins Exil getrieben oder zu Kriegsflüchtlingen gemacht.

USA als Quelle des Terrors – mit dem Faschismus gegen den Kommunismus

Der Terror ging wiederholt von den USA aus. Das kulminierte in folgender Maxime einiger US-Administrationen: Mit dem »Faschismus gegen den Kommunismus« (A. v. Bühlow, 1998, »Im Namen des Staates«, Seite 317). Die Staatsstrieche in Lateinamerika wurden durch Bündnisse von Militärs mit der nationalen Oligarchie, Großgrundbesitzern und

dem Großbürgertum möglich. Wie schon 1933 Teile der deutschen Gesellschaft es in ihrem Antikommunismus erlaubt hatten, dass der deutsche Faschismus an die Macht kam, der zum 2. Weltkrieg und zum Holocaust führte, erlaubten es immer wieder Teile der Gesellschaft mehrerer Staaten Lateinamerikas im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzung den Sicherheitsapparaten und Militärs »schmutzige Kriege« gegen das eigene Volk zu führen.

Das geschah in der Regel im »Kampf gegen den Kommunismus« oder um ein »Zweites Kuba« zu verhindern.

Traumatische Erfahrungen mit Militärdiktatur und Bürgerkrieg

Militärdiktaturen und Bürgerkriege gehören zur traumatischen Erfahrung vieler Generationen in fast allen Ländern Lateinamerikas. In Lateinamerika haben bisher Wahrheitskommissionen, nationale »Comisiones de Verdad«, in 11 Ländern gearbeitet. Nur in wenigen Ländern sind solche Ergebnisse bei Aufar-

beitung der Militärdiktaturen erreicht worden wie in Argentinien, wo sich bisher etwa 1000 Militärs vor Gericht verantworten mussten.

In den meisten Staaten geht man heute sehr sorgsam mit dem demokratischen Zusammenleben unterschiedlicher Teile der Gesellschaften um. Ausnahmen sind der immer noch anhaltende Bürgerkrieg in Kolumbien und die gewalttätigen Verbrechen einer Minderheit in Venezuela, die die Ergebnisse der letzten Wahlen nicht akzeptieren und einen Bürgerkrieg wie in Syrien herbeiführen wollen (Victor Maldonado C., Berater des Führers der Opposition, Henrique Capriles, persönliche Mitteilung, November 2012).

Die Völker Lateinamerikas haben das Recht und die Pflicht, sich gegen diesen Terror zu schützen.

Deshalb gilt gerade im Fall der Cuban Five:

**Die Völker Lateinamerikas klagen an!
Freiheit für die Fünf von CUBA!**

ANZEIGE

Die Broschüre zur
XIX. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz

Jetzt am Kiosk!
(Verlag 8. Mai GmbH, ca. 70 Seiten, 3,60 €)

REFERATE von:
JÖRG KRONAUER: »Ziel fast erreicht«
ANDERS KOUSTRUP KAERGAARD: »Auf Befehl der herrschenden Klasse«
DENIS GOLDBERG: »Afrika zahlte den Preis«
ZIVADIN JOVANOVIC: »Neuverteilung der Welt«
MICHEL CHOSSUDOVSKY: »Nicht Eroberung, sondern Zerstörung als Ziel«
MARIA DO SOCORRO GOMES COELHO: »Brutale Offensive des Kapitals«

Außerdem: Dokumentation der **PODIUMSGESPRÄCHE** (»Vierte Gewalt und Heimatfront: Wie Medien Kriege möglich machen«, »Widerstand gegen Faschismus, Krieg und Sozialabbau zusammenführen«) sowie Grußbotschaften, Interviews mit den Mitwirkenden des Konzerts »Lieder gegen den Krieg« und ergänzende Artikel

Erhältlich auch unter www.jungewelt-shop.de

VORTRÄGE

PANKOWER

Guatemala - Chile - Argentinien

Aufarbeitung der Militärdiktaturen heute

Konferenzbeiträge, 22./23. Juni 2012

Heft 181 "Helle Panke" e.V.

ANZEIGE

victor grossman
crossing the river

Vom Broadway zur Karl-Marx-Allee:
Eine Autobiografie

Verlag Wiljo Heinen

682 S., Klappenbrosch., 24,80 €
ISBN 978-3-95514-015-1

www.gutes-lesen.de



Künstler erinnern in Berlin an den kubanischen Sänger Santiago Feliú

Mit einer kulturellen Veranstaltung als Hommage für Santiago Feliú wurde am 12. März auf der Studiobühne des Kulturhauses Friedrichshain »Alte Feuerwache« an den am 12. Februar 2014 in Havanna verstorbenen kubanischen Liedermacher und Sänger erinnert.

(Fotos: Gabriele Senft)



Solidarität – die Zärtlichkeit der Völker

Interview 20 Jahre NETZWERK CUBA – Informationsbüro – e.V.

Teil 2 des Interviews

Wer sind denn auf kubanischer Seite die AnsprechpartnerInnen des NETZWERK CUBA?

Frank

Für das NETZWERK CUBA ist es das ICAP (El Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos), das kubanische Institut für Völkerfreundschaft. Das ICAP ist eine NGO, vor über 50 Jahren schon gegründet, also gleich nach der Revolution, und verantwortlich für den Kontakt und die Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen.

Mitgliedsgruppen des Netzwerkes, die spezielle Projekte in Kuba unterstützen, haben noch andere spezifische AnsprechpartnerInnen, entsprechend der Projekte.

Heinz

Ja, von Anfang an das ICAP, das traditionsreiche kubanische Institut für Völkerfreundschaft. Darüber hinaus hatten und haben einzelne Mitgliedsgruppen als Ansprechpartner natürlich ihre direkten Projektpartner, also bspw. Krankenhäuser, Institute, Ministerien usw.

Wie seht ihr das Verhältnis von materieller und politischer Solidarität im Rahmen des NETZWERK CUBA?

Harri

Politische und materielle Solidarität mit Kuba schließen sich nicht aus. Materielle Solidarität schafft das Klima für ein besseres politisches Verständnis der kubanischen Realität und des kubanischen Sozialismus. Ziel der Solidarität ist letztendlich, bei aller Diskussion die möglich und notwendig ist, diesen zu verteidigen.

Heinz

In den ersten 10 Jahren lag die Priorität eindeutig auf der materiellen Solidarität, was, wie bereits angesprochen, durch die objektive Situation bedingt war. Seit der zunächst relativen und zunehmend objektiven ökonomischen Stabilisierung Kubas war es schlicht nicht mehr notwendig, möglichst »alles«, vom Bettlaken bis zum Bleistift, nach Kuba zu senden. Zunehmend verlagerten die Feinde Kubas (bei Beibehaltung der umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba) ihr Störfeuer auch auf den politisch-ideologischen subversiven Kampf. Dies machte zunehmend auch die Verstärkung der politischen Solidarität erforderlich. Diese war zwar auch in den ersten 10 Jahren immer Bestandteil unserer Arbeit, doch nun erfolgte eine eindeutige Schwerpunktverlagerung. Dazu zählen, um es mal konkret zu machen, regelmäßige Leserbriefe an Medien gegen antikubanische Lügenkampagnen, Forderungen an nationale und internationale Parlamente sowie nicht zuletzt (möglichst öffentlich wirksamer) Widerstand gegen Aktionen und Kampagnen von nationalen und internationalen Contra-Banden sowie seit der Jahrtausendwende der ununterbrochene Kampf um die Befreiung unserer fünf Brüder, den Cuban 5. Hierzu zählt natürlich auch die Nutzung der elektronischen Medien. Mit den eigenen Websites der Mitgliedsgruppen wie des NETZWERK CUBA kann nicht nur reagiert, sondern auch agiert werden. Zudem konnten mit diesen Medien – incl. der E-Mail-Kommunikation – natürlich auch die Geschwindigkeit und der Umfang der Kommunikation untereinander sowie mit den kubanischen und internationalen Partnerorga-

nisationen um ein vielfaches erhöht werden – in einem Maße, wie wir uns dies Anfang der 90er Jahre kaum vorstellen konnten.



Frank

Also erstmal sehe ich in beiden Facetten der Solidaritätsarbeit keinen Widerspruch. Wie ich schon oben erwähnt hatte, war die materielle Solidarität ein Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerkes in den ersten fünf Jahren, während der schlimmsten Zeiten der ökonomischen Krise in Kuba. Das war aber natürlich auch eine politische Solidarität, denn mit der materiellen Hilfe unterstützten wir das politische System in Kuba und leisteten einen bescheidenen Beitrag. Danach konzentrierte sich die Arbeit des Netzwerkes auf die rein politische Solidarität, ausgenommen das Sammeln von Spenden nach Naturkatastrophen. Viele Mitgliedsgruppen unterstützen Projekte in Kuba, für die sie Gelder sammeln, Materialien verschicken etc. Auch das ist eine materielle Solidarität, die genauso politische Aspekte hat.

Womit können, eurer Meinung nach, solidarische Menschen heute Kuba am besten unterstützen?

Harri

Die Unterstützung, die für Kuba geleistet werden kann, ist vielfältig. Sie kann darin bestehen, Schulmaterialien für Kubas Kinder zu sammeln. Sie kann in der Entwicklung von Projekten bestehen, die auf der Grundlage des Einsatzes nachhaltiger Technologien in der Wasseraufbereitung

oder in der Stromerzeugung entwickelt werden oder in der Zusammenarbeit im medizinischen Bereich, dafür steht die Arbeit von mediCuba und die von Cuba Sí entfaltet sich im agrarischen Bereich. So gibt es zahlreiche hervorzuhebende Beispiele und letztendlich wirken alle diese Initiativen auch politisch. Sie beziehen Stellung gegen die Blockade, gegen die US Aggression gegenüber Kuba und fordern die Freilassung der Cuban 5.

Frank

Indem sie über Kuba informieren, aufklären. Durch die einseitige, verleumderische Berichterstattung in den Kommunikationsmedien unseres Landes über Kuba haben viele Menschen ein verzerrtes Bild von Kuba, welches überhaupt nicht den Realitäten entspricht. Dem etwas entgegenzusetzen ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Aufgaben von Menschen, die Kuba unterstützen möchten. Und das können sie natürlich am effektivsten, oder zumindest sehr effektiv in den Kuba-Solidaritätsgruppen.

Heinz

Zunächst sei daran erinnert, dass das beste Argument für das sozialistische Kuba die Realität des Landes selbst ist. Interessenten sollten also – falls möglich – mal selbst hin fliegen und sich von dieser Realität die hiesige antikubanische Propaganda aus dem Hirn blasen lassen. Wer es weder touristisch noch als Individualreisender mag: Die FG und andere Solidaritätsorganisationen bieten regelmäßig die Teilnahme an Arbeitsbrigaden an.

All dies ist aber keine zwingende Voraussetzung für die Unterstützung Kubas. Wer ein bisschen im Internet stöbert, bspw. auf der Homepage des NETZWERK CUBA, findet sehr schnell Kontaktadressen von regional aktiven Solidaritätsgruppen (ein bisschen Eigenwerbung muss sein: Für den

Raum Essen ist dies z.B. die Seite der FG-Regionalgruppe, www.cubafreundschaft.de). Sich dort nach den eigenen Möglichkeiten und mit den eigenen Ideen einzubringen, aktiv mitzuarbeiten, ist sicherlich die beste Voraussetzung dafür, konkrete Solidarität mit der kubanischen Revolution zu üben. Denn allein im eigenen



*Hammer/Schwitalla:
Solidarität – Die Zärtlichkeit
der Völker. 20 Jahre
NETZWERK CUBA –
Informationsbüro – e.V.
Papyrossa, 247 S., 12,- €
ISBN 978-3-89438-523-1*

Kämmerlein am 1. Januar, dem Jahrestag des Sieges der Revolution, oder am 1. Mai eine kubanische Zigarre anzustecken und sich einen »Havana Club« zu genehmigen, reicht nicht aus. Im Übrigen macht auch dies viel mehr Spaß in angemessener Gesellschaft.

Könnt ihr euer persönliches Verhältnis zu Kuba kurz schildern? Was hat euch bewegt, für Kuba so aktiv einzutreten?

Heinz

Am 9. Oktober 1967 wurde der argentinische Arzt, Revolutionär und Mitkämpfer von Fidel, Co-

mandante Ernesto »Che« Guevara de la Serna im bolivianischen La Higuera unter CIA-Aufsicht ermordet. Die Nachricht ging um die Welt und bewegte Millionen. Als damals 13-jähriges Mitglied der örtlichen Messdienerschaft erlaubte mir der progressive niederländische Jugendkaplan, eine Lesung für einen Jugendgottesdienst über diesen Mord zu schreiben. Den Irrtum mit der katholischen Kirche habe ich kurz darauf bereinigt, das große Interesse nicht nur am Leben und Tod des Che, sondern auch an der kubanischen Revolution ist geblieben. Die Umstände brachten es mit sich, dass ich ab 1969 andere politische Themenfelder »beackert« habe. Als es ab 1990 für Kuba ums Ganze ging und nach einer gemeinsamen Kubareise mit einer heute ebenfalls noch aktiven Compañera war für uns klar, dass wohlwollendes Interesse nicht mehr reicht, sondern nun unbedingt aktives Handeln gefragt war.

Frank

Ich bin mit der 68-er Bewegung politisiert worden, da hatte Kuba eine große Rolle gespielt und mich hatte schon damals fasziniert, wie »anders« Kuba war im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern. Also die Ziele der kubanischen Revolution, Bildung und Gesundheit für alle, die Bodenreformen etc. dies alles begeisterte mich und entsprach meinem Verständnis von Gerechtigkeit, Gleichheit und lebenswertem Leben.

Dies musste verteidigt werden und mit den USA hatte Kuba das Imperium schlechthin gegen sich, also galt es was zu tun.

Harri

Als jemand der in Lateinamerika aufgewachsen ist und die Realität von Armut und Ausgrenzung der armen Bevölkerung miterlebt hat, war ich schon als Jugendlicher für die kubanische Revolution. Ich

habe dies im Alter von 10 Jahren wahrgenommen und sie war immer die Alternative gegen Hunger und Ausgrenzung. Kuba hat – bei allen Problemen – den Menschen eine Daseinsfürsorge in Bildung und Gesundheit gewährleistet, die für Länder der sogenannten Dritten Welt beispiellos ist und Kuba muss man in erster Linie mit diesen Ländern vergleichen und nicht nur mit den USA und Europa.

Was wünscht ihr Kuba für die Zukunft?

Frank

Dass es seine ehrgeizigen Ziele zur Aktualisierung des Sozialismus erfolgreich umsetzen kann und im Verbund mit der lateinamerikanischen Integration und Unabhängigkeit den Traum einer besseren, anderen Welt als der neoliberalen, kapitalistischen verwirklichen wird.

Heinz

Weitere Stabilisierung und Fortentwicklung des eigenständigen sozialistischen Systems, weitere Erfolge auf dem internationalen und diplomatischen Parkett, Erfolge im Kampf gegen die auch von der BRD und EU mitgetragenen barbarischen und völkerrechtswidrigen US-Blockade bis zu deren endgültigen Abschaffung, im Kampf für den US-Abzug vom widerrechtlich besetzten kubanischen Staatsgebiet von Guantánamo, Beibehaltung und Ausbau der grandiosen und weltweit einmaligen internationalistischen Projekte im Medizin- und Bildungsbereich, sowie nicht zuletzt die baldige Rückkehr der noch in den US-Knastgruften verbliebenen Brüder der Cuban 5 und das alles »with a little help from the friends« ...

Harri

Ich wünsche Kuba Erfolg bei den eingeleiteten Veränderungen. Dies stärkt den Sozialismus nicht

nur in Kuba, denn Kuba steht als Alternative für zahlreiche Regionen der Welt – aber auch für uns, denn es zeigt, dass eine Alternative zum globalen Neoliberalismus möglich ist. Wichtig ist dabei, dass der Linkskurs in Lateinamerika sich fortsetzt. Dieser ist durch die interventionistische US-Politik gefährdet. Deshalb bedeutet heute die Verteidigung Kubas auch die Linksentwicklung in Lateinamerika zu verteidigen. Das ist eine der Aufgaben der Kuba-Solidarität in Deutschland.

Welche Aufgaben seht ihr heute für das NETZWERK CUBA? Mit welchen Projekten und Plänen ist das NETZWERK CUBA zur Zeit beschäftigt?

Frank

Im Grunde genommen immer noch die alten, muss ich leider sagen: Kampf gegen die Blockade; gegen den »Gemeinsamen Standpunkt«, d.h. für eine Kubapolitik der EU, die unabhängig von den USA ist, die die Souveränität Kubas anerkennt und sich nicht einmischte in die inneren Angelegenheiten des Landes; für die Befreiung der »Cuban 5« aus der widerrechtlichen US-Haft; für eine Informationspolitik, die sich an den Realitäten Kubas orientiert und für die Rückgabe Guantánamos an Kuba um nur die wichtigsten zu nennen. Damit dies alles besser gelingt, ist es notwendig, dass das Netzwerk seine Arbeit unter der Jugend verstärkt und diese einerseits wieder mehr für die Kuba-Solidaritätsarbeit gewinnt und andererseits auch von der Jugend lernt.

Heinz

Das NETZWERK CUBA muss seinen basisdemokratischen Charakter (»Eine Mitgliedsgruppe – Eine Stimme«, Konsensprinzip bei allen wichtigen inhaltlichen und organisatorischen Fragen usw.) beibehalten. Dies ist m.E. das wich-

tigste »Geheimnis« der relativen Langlebigkeit unseres Vereins.

Als zwar hoch motivierte, aber dennoch quantitativ übersichtliche Organisation sollte angepasst werden, sich nicht in zu vielen Themenfeldern zu verzetteln, sondern den entscheidenden Schwerpunkt, nämlich die Entwicklung und qualifizierte Vertiefung von Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, im Zentrum zu halten.

Seit der letzten Jahreshauptversammlung am 2. Februar 2013 gibt es im Vorstand »offiziell« ein Jugendressort. Das ist gut und war überfällig. Letztlich lässt sich aber die vorhandene Überalterung, die es so in allen politischen Organisationen und Parteien gibt, nur dann überwinden, wenn junge Leute aus den Mitgliedsgruppen »nachwachsen« und Verantwortung übernehmen.

Das NETZWERK CUBA hat sich von Beginn an (und nach ausführlicher Debatte) dafür entschieden, sich ausdrücklich nicht als sog. »NGO«, also Lobby-Gruppe zu verstehen, sondern als selbstbewusster Solidaritätsverein, der aktiv Forderungen an die politischen Entscheidungsträger in den Parlamenten stellt und diese öffentlich mit Aktionen, Demonstrationen usw. unterstreicht, nicht jedoch in »Hinterzimmergesprächen« oder als vermeintlicher »diplomatischer Kofferträger«. Dieses Prinzip darf m.E. unter keinen Umständen aufgeweicht werden, denn dabei können wir nur verlieren. Wenn der Begriff »Lobbying« nun als vermeintliches Selbstverständnis in offiziellen Dokumenten unseres Vereins erscheint, so ist dies zumindest irreführend.

Beibehalten werden sollte m.E. auch das Prinzip der bedingungslosen Solidarität mit der kubanischen Revolution, also einer Solidarität, ohne Bedingungen zu stellen. Dies sollte und muss m.E. auch und gerade für die neu zu belebende, aktive Unterstützung

und Öffentlichkeitsarbeit für die deutschsprachige »Granma Internacional« gelten.

So, nun mache ich aber an dieser Stelle Schluss, sonst wird's noch ein neuer »Arbeitsplan« ...

Frank

Ich möchte noch eine Sache erwähnen: Diese Konstruktion eines Netzwerkes ist ziemlich einmalig in der Solidaritätsbewegung mit Kuba und wir werden deswe-

Gesundheitsversorgung in Kuba

Besuch eines Reha-Zentrum in Matanzas

IN MEINEM letzten Kuba-Urlaub nutzte ich in Matanzas die Gelegenheit, ein 1987 von der DKP errichtetes Reha-Zentrum zu besuchen. So ein Reha-Zentrum ist in den Ländern der sogenannten »Dritten Welt« eigentlich etwas Besonderes. Aber in Matanzas konnte damals mit Hilfe der DKP eins errichtet werden.



Foto: Roland Armbruster

Beim Besuch und im Gespräch mit der Klinikleiterin und dem Personal konnte ich feststellen, dass das Zentrum in Betrieb ist und dort erfolgreiche Arbeit geleistet wird – auch wenn es einige kleinere Probleme gibt. So sind auf Grund des Klimas die Fußböden in einem schlechten Zustand und es fehlen die einen oder anderen Materialien.

Trotzdem ist es ein sehr erfolgreiches Projekt, das nachhaltig funktioniert.

Roland Armbruster

gen auch von vielen compañer@s aus anderen Ländern beneidet, wie ich auch wieder auf dem Europatreffen der Kuba-Solidarität letztes Jahr erfahren konnte. Während es leider Länder gibt, wo die verschiedenen Gruppen nebeneinander arbeiten, keinen Kontakt miteinander haben, miteinander nicht mal miteinander sprechen, existiert und lebt und arbeitet das NETZWERK CUBA, ein Zusammenschluss sehr unter-

schiedlicher – auch in politisch-ideologischer Hinsicht – Menschen, nun schon seit 20 Jahren. Das ist ein Erfolg, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Das klappt nur, weil alle Beteiligten die Solidarität mit Kuba über alles stellen und sie wissen, dass nur gemeinsam viel erreicht werden kann.

Das Interview führte Marianne Schweinesbein

¡Vamos al Campamento!

von Marianne Schweinesbein

IM JULI ist es wieder so weit: 3 Wochen solidarisches Arbeiten und kollektives Zusammenleben unter Kubas Palmen im Campamento Julio Antonio Mella (CJAM).

Vor allem gibt es: viel praktisches Erleben der Vorzüge, aber auch der schwierigen Herausforderungen bei der Verteidigung und Verbesserung einer sozialistischen Gesellschaft.

Über diese Eindrücke zu diskutieren und vielleicht auch Motivation und Anregungen für das eigene politische Handeln zu erfahren, dazu bietet die Brigade José Martí eine einzigartige Gelegenheit.

Gemeinsam mit ca. 250 Compañeras und Compañeros aus vielen verschiedenen Ländern Europas, die solidarisch zu Kuba stehen, wird bei der Feldarbeit geschwitzt, werden verschiedenste soziale Einrichtungen und Projekte besucht und eine Fahrt in die Provinz Sancti Spiritus organisiert mit Besuchen von historischen Plätzen der kubanischen Revolution.

Ihr werdet aber nicht nur die Möglichkeit haben, die kubanische Geschichte umfassend kennenzulernen, sondern auch verschiedene kubanische Strände – also neben den Arbeitskramotten die Sonnencreme nicht vergessen!

Natürlich sind auch zahlreiche junge Menschen aus Kuba mit euch zusammen im Campamento, so dass ihr euch mit ihnen über deren Leben und ihre Ziele austauschen könnt.

Die Brigade findet in diesem Jahr vom 5. – 26. Juli statt.

Teilnehmen können junge Menschen ab 16 Jahren.

Nach vorheriger Absprache ist auch eine Teilnahme für Familien mit jüngeren Kindern möglich.

Zu den Programm-Highlights gehören Treffen mit aktiven Teilnehmern der kubanischen Revolution sowie mit weltbekannten kubanischen SpitzensportlerInnen.

Das genaue Programm liegt bereits vor und steht auf der Homepage der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zum Ansehen oder zum Download bereit unter www.fgbrdkuba.de

Anmeldungen sind ab sofort möglich über die Geschäftsstelle der FG BRD-Kuba:

Maybachstr. 159, 50670 Köln;
Tel.: 0221/2405120;
Fax: 0221/6060080;
Email: info@fgbrdkuba.de

Zum gegenseitigen Kennenlernen der Brigadista aus der BRD mit vielen wichtigen Informationen und gemeinsamen Aktionen wird ein Vorbereitungswochenende organisiert.

Kuba im Café Sibylle

von Marion Leonhardt



v.l.n.r.: Heinz Langer, Marion Leonhardt, Maikel Veloz

DAS CAFÉ SIBYLLE in der Karl-Marx-Allee in Berlin hat eine lange Tradition seit 1954 als Kulturcafé und Ort politischer Debatte. Nicht selten ist dabei auch Kuba das Thema.

Wie auch am 2. Februar, als die Regionalgruppe Berlin der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zu einer politischen Matinee mit Maikel Veloz vom Instituto Cubano de Amistad con Los Pueblos (ICAP) und Heinz Langer, Botschafter a.D. der DDR in Kuba, einlud.

Im bis auf den letzten Platz gefüllten Café lauschten die Zuhörer interessiert dem Talk, der von Marion Leonhardt moderiert wurde.

Das ICAP und die Solidaritätsbewegung

Zu Beginn ging es um das ICAP und die Kuba-Solidarität in der DDR und der BRD.

Das ICAP wurde in 1960 schon bald nach der Revolution gegründet. Maikel Veloz erläuterte, dass es von Anfang an die Arbeit der Internationalen Brigaden, die Kuba in der Landwirtschaft, beim Bau und anderen Bereichen der Wirtschaft unterstützten, koordinierte.

Die DDR war – wie Heinz Langer kenntnisreich aus eigenem Erleben berichtete, frühzeitig an der Seite des sozialistischen Kubas. Noch heute seien zahlreiche Projekte von damals lebendig, wie etwa die Buchkammer in Havanna, die die Buchmesse ausgerichtet, oder Großbetriebe wie ein Betonwerk und mehrere Brauereien. Ein Teil der Kuba-Solidarität, der heute viel zu wenig Beachtung fände, wie aus dem Publikum angemerkt wurde.

Aus der Brigadebewegung heraus gründete sich 1974 die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. Damit ist sie eine der ältesten Kuba-Solidaritätsgruppen.

Kuba nach dem VI. Parteitag

Natürlich wollten die Anwesenden wissen, wie Kuba sich durch die Umsetzung verändert habe. Maikel erzählte von seinen Erfahrungen in Havanna:

Es gehe insgesamt um nichts weniger als um eine Zukunftsprognose des Sozialismus in Kuba bis 2030. Besonders im Fokus der Veränderung seien die staatlichen Unternehmen, die zur Zeit 80 % aller Arbeiter beschäftigten und von 51 der 136 Vorgaben für die

Ausarbeitung des Planes direkt betroffen seien.

Neues Arbeitsgesetz

Auch das neue Arbeitsgesetz war Thema. Besonders beeindruckt waren die Zuhörer von der Tatsache, dass es zu dem Entwurf eine breite Diskussion in der Bevölkerung gab, die zu 171 000 Änderungsvorschlägen bezüglich der 101 Paragraphen führte.

CELAC-Gipfel

Heinz Langer betonte die herausragende Rolle Kubas mit dem nun mit dem zweiten Gipfeltreffen zu Ende gegangenen Vorsitz der Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft. Die hatte eine Aktionsplan zum Abbau von Armut; Hunger und Ungleichheit.

Cuban Five

Wichtig war natürlich auch die bevorstehende Freilassung Fernandos sowie das Hearing in London. Alle Anwesenden bekräftigten die Forderung nach Freilassung aller 5.

Damit endete eine spannende Kuba-Veranstaltung, die ihr interessiertes Publikum gefunden hatte.

Eine Reise durch die BRD

von Maikel Veloz, Länderbeauftragter für die BRD im Internationalen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP)

VOM 17. 1 BIS ZUM 4. 2. 2014 weilte eine ICAP-Delegation auf Einladung des Netzwerks Cuba in der BRD. Anlass waren die Teilnahme an der 20. Jahreshauptversammlung des Netzwerkes und eine Rundreise, um die Solidaritätsgruppen zu besuchen.

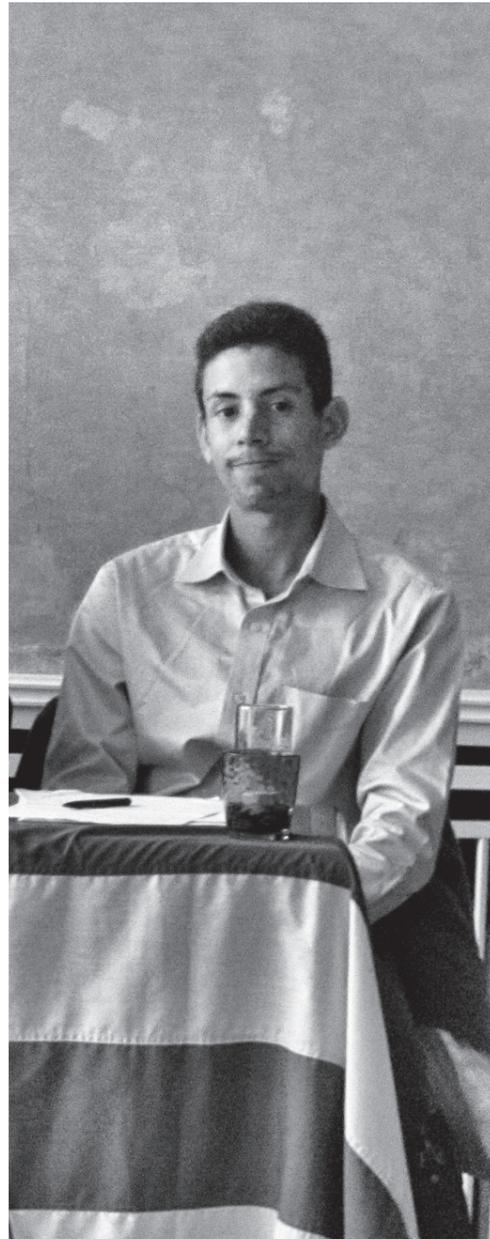
Der Höhepunkt waren sicherlich die Feierlichkeit zum 55. Jahrestag der kubanischen Revolution im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, auf der die Linkspartei-Abgeordnete im Bundestag Heike Hänsel ihre Solidarität zu Kuba und seinem Volk bekräftigte.

Zehn Regionalgruppen in elf Städten

Zehn Regionalgruppen in elf Städten – sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland – waren meine Gastgeber. Auf dem Programm standen rege Kuba-Aktivitäten – sowohl Vorträge, Referate als auch öffentliche Veranstaltungen über die Aktualisierung des kubanischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modells sowie über den neuesten Stand des Landes drei Jahre nach dem VI. Parteitag der KP Kubas mit seinen Beschlüssen zugunsten eines wohlhabenden und nachhaltigen Sozialismus im XXI. Jahrhundert.

Welttreffen der Solidarität in Havanna

Ein Ziel der Rundreise war, die Einladung zum III. Welttreffen der Solidarität im Oktober in Havanna zu überbringen. Dort werden mehr als 3000 Freunde Kubas aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erwartet, die den 55. Jahrestag der Revolution in internationaler Gemeinschaft feierlich begehen und ihre Stimmen gegen die US-Blockade, den gemeinsamen Standpunkt der EU und für die endgültige Freilas-



sonswoche vor dem Weißen Haus in Washington wecken.

Lange Geschichte der Solidarität

In diesem Jahr spielen in der Solidaritätsgeschichte eine ganz besondere Rolle das 40-jährige Bestehen der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba (FBK) und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba (FG) – die ältesten Solidaritätsgruppen überhaupt in der BRD und eine Referenz für jüngere Soli-Gruppen.

Auf der Rundreise wurde deutlich, mit welchem Aufwand und unter widrigen Bedingungen die Solidaritätsbewegung arbeitet und existiert, um auf den Prinzipien der Funktionalität, der Kontinuität, der Zusammenarbeit, der Solidarität, der Selbstlosigkeit sowie der Freundschaft zu beharren.

Besonders berührend war die Gelegenheit, sich wieder mit traditionellen Freunden zu treffen und per-

sönlich meinen Dank auszurichten für ihre Zusammenarbeit und ihren Einsatz. Besonderer Dank in diesem Sinne galt Heinz W. Hammer als Mitbegründer des Netzwerkes, Heinz Langer, dem ehemaligen Botschafter der DDR in Havanna und Tobias Kriele, Besteiger der Zugschleife zum 15. Jahrestag der ungerechten Inhaftierung der Los Cinco.

Das Welttreffen ist auch eine gute Gelegenheit für die anwesenden Solidaritätsgruppen, ihre jeweiligen Infostände zu errichten und sich zu präsentieren.

Die Rundreise sollte ebenso Interesse für die freiwilligen Arbeitsbrigaden, das internationale Tribunal in London und die Ak-

tionenwoche vor dem Weißen Haus in Washington wecken.

Fiesta Moncada: Revolution feiern

Von Günter Pohl, Bundesvorsitzender der FG

EIN WICHTIGER TEIL der Solidarität mit Kuba ist es, mit kubanischen Freundinnen und Freunden zusammenzutreffen, die hier in Deutschland leben.

Die übergroße Mehrheit der Auslandskubaner/innen ist solidarisch mit ihrem Land und der sozialistischen Revolution. Mit ihnen über die Lage in der Heimat und ihren Blick darauf zu diskutieren und gleichzeitig zu feiern, ist möglich bei den Festveranstaltungen, die jedes Jahr um den 26. Juli, dem Tag des Sturms auf die Moncada- und die Céspedes-Kaserne 1953, durchgeführt werden.

Neben der »Fiesta de la Solidaridad« in Berlin finden dabei auch in Westdeutschland alljährlich Feiern anlässlich des Beginns des bewaffneten Aufstands gegen die Batista-Diktatur statt. Mehrere Jahre wurden dafür die Örtlichkeiten der Bonner Außenstelle der kubanischen Botschaft genutzt, bis man sich 2008 entschloss, erstmals einen anderen Ort zu suchen, um andere Menschen anzusprechen. So war – maßgeblich organisiert von der unvergessenen Compañera María Luz Kremp – Köln der Austragungsort für die »Fiesta Moncada« am Rheinufer. Den Hut für die Umsetzung hatte die Regionalgruppe Köln der FG auf. Diese wie auch die folgenden Fiestas wurden jeweils in Zusammenarbeit mit der Außenstelle der Botschaft durchgeführt.

2009 organisierte die FG-Regionalgruppe Essen eine erfolgreiche Fiesta, 2010 war es dann die Organisation »SoliCuba Düsseldorf/Rommerskirchen«, die die Fiesta Moncada in Düsseldorf vorbereitete.

Nachdem 2011 keine Solidaritätsorganisation zur Durchführung bereit gewesen war, kam es 2012 und 2013 zu zwei Bochumer

Fiestas: Die »Humanitäre Cuba Hilfe« aus Bochum setzte mit einem ambitionierten Programm hohe Maßstäbe für nachfolgende Fiestas.

Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba hat sich nun entschieden, in diesem Jahr die Organisation zu übernehmen, um einem Ausfall wie 2011 entgegenzuwirken; wegen unserer zusätzlichen Aufgabe einer Feier zum 40. Jahrestag unserer Organisation jedoch mit einer kleineren, aber auch feineren Variante. So kehrt die Fiesta Moncada nun nach Bonn zurück. Sie wird nun am 16. August, einem Samstag, in der Oficina Diplomática, Kennedyallee 22-24 in Bonn-Bad Godesberg gefeiert.



Dazu setzen wir neben der HCH, der DKP und der SDAJ auf die Mithilfe der FG-Regionalgruppen Bonn, Köln und Essen, die sich dazu schon bereit erklärt haben. Wir hoffen auf starkes Interesse! Über die kulturellen Programmpunkte informiert euch bitte zeitnah auf www.fgbrdkuba.de

Unsere 40-Jahr-Feier im Zusammenhang mit unserer Bundesdelegiertenkonferenz wird dann im Herbst in Berlin begangen.

Kuba auf dem Pressefest 2014

KUBA hat traditionell einen prominenten Platz auf dem Pressefest der UZ, der Zeitung der DKP.

Die Casa Cuba ist der Ort für politische Diskussionsrunden zu Kuba, kubanische Musik, kubanische Kultur und natürlich die Gelegenheit, Kubafreunde aus der ganzen BRD zu treffen.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba wird mit einem Infostand vertreten sein, an dem die aktuellsten Publikationen aus und über Kuba zu finden sind – und natürlich nicht zuletzt die Casa Cuba, die Zeitschrift der FG.

2014 feiert die kubanische Revolution ihr 55-jähriges Bestehen. Die kleine rote Insel mit ihren großartigen Menschen wird dafür von den imperialistischen Staa-

ten mit Hass und Anschlägen und Boykotten überzogen – und widersteht trotzdem, bleibt unbeugsam und unabhängig. Kuba besteht auf seinem Recht auf eine eigene Entwicklung.

So ist es nicht verwunderlich, dass hier auch ein Ort sein wird zu diskutieren, welche Bedeutung Kuba für uns hat.

Also: Kubafreunde treffen sich auf dem Pressefest in der Casa Cuba und schauen beim Stand der FG vorbei.

UZ-Pressesfest 2014

27. – 29. Juni 2014

Revierpark Wischlingen,

Dortmund

Weitere Informationen unter:

<http://news.dkp.de/2013/12/uz-pressefest-2014/>

von Volker Hermsdorf

CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.

Falschmeldungen

Unterschlagungen

Manipulationen

Der Fall: Wie die Medien Söldner zu harmlosen Studenten machen

Das Organ der exilkubanischen Contras in Miami, »Nuevo Herald«, veröffentlichte am 14. Januar einen Artikel über »kubanische Stipendiaten« am Miami Dade College, der größten Universität Floridas. Das Blatt informierte darüber, dass die Gruppe vorwiegend aus den Sprösslingen prominenter, von US-Diensten ausgehaltener Systemgegner, wie der Chefin der »Damen in Weiß«, Berta Soler, und anderer besteht. Reise, Aufenthalt und Studium würden von der »Stiftung für Menschenrechte in Kuba« (FHRC) finanziert, die nach Angaben des »Nuevo Herald« allein im Jahr 2011 von der US-Regierung 3,4 Millionen Dollar zur Unterstützung von Gegnern des kubanischen Systems erhalten hatte.

Einen Monat später griffen bundesdeutsche Konzernmedien die in Miami lancierte Meldung auf. »17 Kubaner fliehen aus den USA«, schrieb Damir Fras, der Washington-Korrespondent der »Frankfurter Rundschau«, am 11. Februar wahrheitswidrig in dem einst als linksliberal geltenden Blatt über die »Studenten«, deren Miami-Trip er ein »Experiment« nannte. Am 24. Februar legte die mittlerweile im konservativen Fahrwas-

ser dümpelnde Zeitung nach und veröffentlichte unter der Überschrift »Zu Gast beim Klassenfeind« einen drei Tage zuvor von Daniel García Marco, dem Korrespondenten der »dpa« in Miami, verfassten Artikel. Zwar hatte der junge dpa-Schreiber, der bereits ein Interview mit dem Contra und Hungerstreik-Rekordhalter Guillermo Fariñas machen durfte und den verstorbenen Terroristenhelfer Huber Matos in Twitter-Mitteilungen als »bürgerlichen Revolutionär« verharmloste, lediglich den Artikel des »Nuevo Herald« abgekupfert, doch damit offenbarte genau den Bedarf und Qualitätsanspruch bundesdeutscher Konzernmedien getroffen. Bis Mitte



Foto: -hei

März veröffentlichten dutzende Zeitungen und Zeitschriften, von der »Rheinischen Post« bis zu »Spiegel-Online« den gut in den Mainstream passenden Text, der mit Fakten wenig zu tun hat und ein Musterbeispiel für Manipulation durch Weglassen ist.

In Miami, heißt es da über die »Studenten«, »genießen sie die Freiheit« und sind »überrascht über die große Auswahl an Obst auf dem Markt«. Der Systemgegner Henri Constantin wird als Opfer »der Überwachung« dargestellt, seine Verbindung zu dem in Venezuela wegen Anstiftung zur Gewalt einsitzenden Ultrarechten Leopoldo López allerdings

verschwiegen. Verheimlicht wird den Lesern auch ein per Twitter verbreiteter Aufruf an die kubanische Jugend, sich die Demonstrationen in Venezuela zum Vorbild zu nehmen. »Sie zeigen den Ausweg«, twitterte Constantin, nachdem er die Aufforderung seines Freundes Leopoldo López zu weiteren »Aktivitäten« in den Straßen Venezuelas verbreitet hatte.

Die Desinformation der Leser war damit aber nicht beendet. »Am Miami Dade College lernen sie Englisch und studieren verschiedene Fächer«, verharmloste der Plagiator weiter. Zwar gab er zu, dass hinter der FHRC die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung (FNCA) steht, verschweigt jedoch deren Unterstützung terroristischer Gruppen und andere Aktivitäten, wie etwa das vor gut 20 Jahren begonnene »Projekt Martí«, das junge Kubaner in sechsmonatigen Kursen zu Aktivisten für einen »Systemwechsel« trainieren sollte.

Ebenfalls mit keinem Wort informierte der dpa-Korrespondent seine Leser darüber, dass der ehemalige CIA-Agent Luis Posada Carriles, der unter anderem für das Bombenattentat auf den Flug 455 der Cubana Aviación am 6. Oktober 1976 und den Tod von 73 Passagieren verantwortlich ist, Anfang des Jahres – fast zeitgleich mit der Ankunft der kubanischen »Stipendiaten« – mit einer Verdienstmedaille des Miami Dade College ausgezeichnet wurde. Seine Verbindungen zur FNCA, dem Hauptsponsor der kubanischen »Studenten«, deren sechsmonatige »Ausbildung« in Miami vor diesem Hintergrund plötzlich nicht mehr so harmlos erscheint, sind kein Geheimnis. Aber warum sollten »dpa«, »Spiegel-Online«, die »Frankfurter Rundschau« und all die anderen ihre Leser mit derartigen Details belasten?



Foto: Gabriele Senft

JETZT



Mitglied werden

**40 Jahre Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
40 Jahre Solidarität mit Kuba**

Jetzt Mitglied werden

**Bücherprämie für neue Mitglieder
(bitte umseitig auswählen)**

Beitragszahlung : 10,- € (Förderbeitrag) 7,- € (Normalbeitrag) 3,- € (Sozialbeitrag)
Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum / Unterschrift

Coupon einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstr. 159, 50670 Köln

»In the court we know we will never find justice. This is a political case. But we trust in the power of solidarity. Only a jury of one million people, people like you, can bring justice to these men.«

Elizabeth Palmiero, Ehefrau von Ramon Labaniño

Bücherprämien



Das Goldene Alter

José Martí

Patchworld-Verlag



Originalton Miami

die USA, Kuba und die Menschenrechte

Verlag Papyrossa

plus eine Wahlprämie:

bitte ankreuzen



Helden der freien Welt

Dissidenten in Kuba

PapyRossa Verlag



Kuba

ein Yankee berichtet

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:

Neue Adresse u. ggf. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Name ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.